

Arbeiterstimme

72 Einzelnummer 20 Pfennig

Eine Tat
eine revolutionäre
Tat ist es, wenn ein
Arbeiter und morgen
Abonnement wird

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Rund
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jung

7. Jahrgang Dresden, Dienstag den 21. April 1931 Nummer 69

Beschlüsse der Bauarbeiter: weiterstreiten!

Stahlhelm-Streitbrecher erfolgreich abgewehrt!

Die Dresdner Bauarbeiter lehnten in der vom DSB einberufenen Streikversammlung mit überwältigender Mehrheit den Schlichtungsversuch ab. Am Nachmittag tagte noch eine Belegschaftsversammlung der Bauleute 2000 II im Wehler Hof, die einstimmig beschloß: Der Streik wird fortgesetzt und am 1. Mai mit der KPD demonstriert. Die Kollegen wählten gleichzeitig ein Komitee mit dem Namen eine Entscheidung an.

In einem weiteren Antrag fordern die Kollegen für Mittwoch eine allgemeine Streikversammlung der Dresdner Bauleute, an der alle Bauarbeiter, Zimmerer und auch die Erwerbslosen teilnehmen.

Im Pädagogischen Institut versuchten heute vier Stahlhelm-Streitbrecher durchzuführen. Sie wurden durch die wachsamsten Streikposten daran gehindert.

Die Bürokratie des DSB, der Schlichter und die bürgerlich-sozialistische Presse haben gemeinsam bis gestern Abend den Schlichtungsversuch geheim gehalten, um die Bauarbeiter zu überzureden. Nur die Arbeiterstimme und KPD veröffentlichten die tatsächliche Meinung gegen die Bauarbeiter. Jetzt muß die bürgerliche Presse selbst melden, der Lohnraub an den Bauarbeitern beträgt für die verschiedenen Ortsteile (wir können die genaue Zahlen erst heute hier bringen):

für Ortsteile 1 um 10,7 Prozent, für Ortsteile 2 um 10,5 Prozent, für Ortsteile 3 um 11,2 Prozent und für Ortsteile 4 um 12,8 Prozent.

Die bisherigen Ortsteile bleiben bestehen. Für die Tiefbauarbeiter soll in späteren Verhandlungen noch der Lohn weiter heraufgesetzt werden, wenn es gelingt, den Streik abzumürgen. Die zentrale Streikleitung hat folgenden Ruf an die Bauarbeiter herausgegeben:

Befehle auf allen Baustellen die Weiterführung des Streikes unter Führung der KPD. Nach Schluß mit der veräulerten Gewerkschaftsbürokratie! Steht euch geschlossen hinter die KPD! Werbet Mitglied der KPD!

Der Kampf der Bauarbeiter ist ein Kampf der gesamten Arbeiterklasse. Gelingt es den Bauunternehmern und der Gewerkschaftsbürokratie den Bauarbeitern, den Vätern der Arbeiterbewegung, einen Lohnraub von 13 Pfennig die Stunde aufzuzwingen, dann werden die Unternehmer in den anderen Industriezweigen den Arbeitern die Löhne noch mehr kürzen. Steht! Macht Streikposten! Unterstützt die Bauarbeiter in ihrem Kampfe! Erwerbslose und Bauarbeiter in eine Front! Weiterführung des Streikes unter Führung der KPD ist die Parole!

Einen kommunistischen Wahlerfolg brachten die Wahlen in Ostschlesien. Die Stimmenzahl der Kommunisten stieg von 2193 auf 3707. Die Sozialdemokraten verloren 7812 Stimmen. Die Nationalsozialisten gewannen davon 4208, erzielten jedoch kein Mandat.

Die UdSSR bringt deutschen Proleten Brot und Arbeit

Genosse Djatalow im Ruhrgebiet



Die russische Delegation hat sich unter Führung des Genossen Djatalow (unser Bild) nach dem Ruhrgebiet begeben, um die Erfüllung der Aufträge vorzunehmen.

Aufruf der zentralen Streikleitung

Bauarbeiter! Bauerei! Zimmerer!

Seit drei Wochen stehen die Bauarbeiter in Sachsen gegen einen unerhörten Lohnraub im Streik. Die Unternehmer forcierten einen Abbau der Bauarbeiterlöhne bis zu 35 Prozent. Die tariflichen Schlichter haben den Unternehmern zum großen Teil Rechnung getragen und durch Schlichtungsprüfung die Löhne von 9,5 und 10,7 bis 12,5 und 13 Prozent gekürzt. Obwohl diese Lohnraubschlichtungsprüfung von der gesamten Bauarbeiterklasse einstimmig abgelehnt wurden, haben die Bauunternehmer in einer fieschen prorokatorischen Weise versucht, durch Erpresserenergie die Bauarbeiter niederzujüngen.

Nur die Protestaktion der Unternehmer hat die Bauarbeitererregung unter Führung der KPD mit der Waffe des Streikes beantwortet.

Am 1. April sind in Dresden gegen den Willen der veräulerten Gewerkschaftsbürokratie schon 400 Bauarbeiter unter Führung der KPD in den Streik getreten. Jeden Tag erweiterte sich die Streikfront. Eine Baustelle nach der anderen folgte dem Kampfruf der KPD.

Die Gewerkschaftsbürokratie hatte sich schon vom ersten Tage an mit dem Berliner Lohnraubschlichtungsversuch von 9,5-10,7 Prozent einverstanden erklärt. Sie forcierte in einer demagogischen Art und Weise die Bauarbeiter auf, den Erpresserenergie der Unternehmer mit 20 Pfennig Lohnabbau zu unterstützen.

Wenn sich die Unternehmer bei der Verbindlichkeitsklärung des Prozentigen Lohnraubschlichtungsverfahrens bereit erklären, den zum abgegangenen Lohn wieder zurückzuführen...

Das war ein offenes Betrugsgewand der sozialistischen Bürokratie und der erste Berrat an den Bauarbeitern.

Erst nach Ostern, nachdem die Verbandsbürokratie gesehen hat, daß die Bauarbeiter diesen Betrug nicht mitmachen und unter Führung der KPD kämpfen, hat sie die Parole des Streikes herausgegeben. Aber nicht um den Lohnabbau mit der Waffe des Streikes abzumehren, sondern mit der Waffe, den Streik der Bauarbeiter durch einen schändlichen Berrat abzumürgen.

Die Mitglieder des Baugewerksbundes und des Zimmererverbandes in Dresden haben in zwei Versammlungen einstimmig die Anträge der KPD, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis sich die Unternehmer verpflichten, die vor dem 31. März gekürzten Löhne weiterzuführen, angenommen.

Streik gegen jeden Pfennig Lohnabbau war die Parole aller Bauarbeiter.

Trotz dieses einstimmigen Beschlusses der Dresdner Bauarbeiter hat die sozialistische Bürokratie diese Beschlüsse mißachtet und einem Schlichtungsversuch der Schlichterkammer am Sonnabend dem 18. April mit 13 Pfennig Lohnabbau die Zustimmung gegeben.

Nach dem Schlichtungsversuch haben sich die Gewerkschaftsführer schon bereit erklärt, ohne Zustimmung der Mitglieder, alle Kampfmaßnahmen einzustellen und die Arbeit wieder aufzunehmen. Des weiteren trägt der Schlichter, daß eine neue Regelung der Spanne zwischen Tiefbauarbeitern, Bauhilfsarbeitern und Zimmererlöhnen in späteren Verhandlungen erfolgen soll. Das bedeutet, daß die endgültige Festlegung der Löhne der Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter noch nicht erfolgt ist und der Lohnraub an den Tiefbauarbeitern und Bauhilfsarbeitern ein viel größerer werden wird.

Antwort an Brüning, Schleck, Severing:

Eisenbahner am 1. Mai mit der KPD

Tabakarbeiterinnen gegen Lohnraub und Notverordnung und in roter Mai-Front (Arbeiterkorrespondenz 874)

Die am 18. April in Dresden in den Eisenbahnerkreisen einberufene Eisenbahnerversammlung erhebt ihr heftiges Protest gegen die herkömmliche Notverordnung. Wir erkennen klar, daß dieselbe nur gegen das revolutionäre Proletariat gerichtet ist. Die Versammlung fordert alle Eisenbahner auf, am 1. Mai gemeinsam mit der KPD und der KPD, den einzig echten proletarischen Organisationen, gegen die weitere Notverordnung zu demonstrieren. Des weiteren gelobt die Versammlung, alles für die am 8. und 10. Mai stattfindenden Betriebsversammlungen bei der Reichsbahn einzusetzen, zu einem gewaltigen revolutionären Sieg.

Die gut besuchte Versammlung, in der der gemäßigteste Betriebsratsvorsitzende beim Ausbesserungswerk Oppeln, Genosse Chwalek, sprach, nahm auch eine kurze Protestentscheidung gegen die Notverordnung in Oppeln an und forderte zur Durchführung bei den Betriebsversammlungen zur Wahl der roten Kandidaten an.

Am Sonnabend fand eine Versammlung von über 100 31-gewerkschaftlichen Eisenbahnerinnen in den Eisenbahnerkreisen, in der Genosse Breitenberg, M. d. Z., über den Kampf an der Tabakarbeiterinnenunterstützung und die Kampfmaßnahmen besprach.

Die Empörung der Tabakarbeiterinnen über die wirtschaftliche Sperrung der Unterstützung ist außerordentlich. Zur Fortsetzung der Arbeiterinnenkommission der KPD stimmten die Arbeiterinnen, die sehr erregt diskutierten, einstimmig einer Resolution zu, die fordert:

Aufhebung der Notverordnung;
Kampf dem Faschismus; hinaus mit Brüning und Schleck!

Unterstützung aus der Tabakarbeiter-Fürsorge in der Tabakarbeiter-Fürsorge;
Solidarität mit den streikenden Bauarbeitern;
Schließender Kampfruf am 1. Mai mit der KPD und KPD für die 24-Stunden-Blockade und sollen Lohnraubgleich.
Die Arbeiterinnen behaupten sich in glänzender Kampfmühe; es wurden 68 Streikposten angelegt, und 17 Arbeiterinnen trafen der KPD bei.

Ein Zeichen, daß die Frauenmassen begeistert nur in einer Kraft organisiert unterstützen können. Diese Kraft des Proletariats den Klassenkampf kämpfen.

Der „Stahlhelm“ darf wieder erscheinen

Wie die SPD-Führer die Notverordnung mildern

Berlin, den 21. April.

Wie die Bundesversammlung des Stahlhelms mitteilt, ist das auf 3 Monate langzeitliche Verbot des „Stahlhelms“ auf 1. Mai herabgesetzt worden und erscheint wieder ab 1. Mai!

Diese Meldung wirft ein großes Schlaglicht auf ein neues Mandat der SPD-Führer, die in Bremen „Schlechte über den Rückbruch der Notverordnung“ geführt haben, über die Notverordnung, die ihr eigenes Werk ist. Diese „Schlechte“ stellt ein niederträchtiges Mandat der SPD-Führer dar, um von ihrer Mittelschicht am Diktatorats abzuweichen. Göring hat den Hintern verstanden und in einem Mandat an alle preußischen Behörden vor „Widerruf“ gewarnt. Wenn diese Widerrufung zugestimmt, das zeigt nicht nur die Aufhebung des „Stahlhelm“-Verbotes, sondern auch die Einsetzung der drei hundert Arbeiter durch preußische Behörden. Die Art, wie die SPD-Führer darüber berichtet, ist beispiellos für die Belegschaft und Unachtsamkeit der Belegschaft. Die „Waller-Ring“ sagt es, den ganzen preußischen Volksbericht ohne ein Wort Kommentar abzugeben. Dieser Bericht wird charakterisiert durch folgenden Satz: „In aller Ruhe werden die Beamten die Demonstrationen auf, aus den Angehörigen und den Kampfträgern eine Abordnung zu bilden...“ Die Dresdner

Belegschaft sagt es nicht, diesem Bericht offen gegenüber, sondern erklärt im Kommentar: „Uns scheint, daß die Behörden an diesem traurigen Zusammenstoß die Hauptrolle spielen...“ Über auch diese schändliche Kritik ist nur ein so tragischer Mandat, denn unter „Behörden“ versteht die Belegschaft, wie aus dem weiteren Teil des Kommentars hervorgeht, die Ortspolizei der betreffenden Orte. In Wahrheit aber hat die von Göring mitgeschickte Notverordnung und der arbeitervindliche Polizeibefehl der Göring-Bremen die wahren Ursachen. Daraus will die SPD-Führer abblenden, und die „Recht“ soll die Wirkung der SPD-Politik genau so wie die recht.

Ungeachtet dieser SPD-Politik ist der jetzt erhaltene unendliche Streikpakt des nationalsozialistischen Kampfes durch den Kampf der Arbeiterinnen zu verstehen. Die Arbeiter sind bei den Mandaten des Kapitals den Feindes für neue Erpressungen; die SPD liefert die „Argumente“ durch ihre gewaltigen Belegschaften und Belegschaften der Kommunisten und sozialistischen Arbeiter. Dieser Einheitsfront aller kapitalistischen Kräfte wird die Unmöglichkeit einer offenen Erklärung der kapitalistischen Klassenmacht entgegenzusetzen. Wir meinen nicht daran, daß die Macht der Proletariats sich als Mandat erweist als die der Kapitalistischen Mandate.

Kollektive Kameraden!

Die Streikversammlung der Dresdner Bauarbeiter des Baugewerksbundes hat mit überwältigender Mehrheit den Schlichtungsversuch abgelehnt und die Weiterführung des Streikes beschlossen. Hier lautet auf allen Baustellen zu dem Lohnraub und zu dem Berrat der sozialistischen Bürokratie Stellung.

„Linke“ Kapitulation

Engelbert Graf: „Tolerierung... Notwendigkeit“

Wir haben es den ehrlich revolutionären SPD-Arbeitern immer gesagt, daß die Strafen der „linken“ SPD-Führer nicht nur zur Täuschung ihrer Anhänger gebraucht wurden, sondern auch dazu, um die Arbeiter zu verwirren...

„Inwiefern bedeutete die „linken“-Taktik der vorläufigen Tolerierung eine Notwendigkeit, bei der aber auch damals bereits die Frage aufgeworfen war und aufgeworfen wurde, wie lange und unter welchen Voraussetzungen diese Tolerierungspolitik betrieben werden könnte.“

Der „linke“ Engelbert Graf billigt also ausdrücklich die schändliche Unterfütterung der Ausplünderungspolitik der Brüning-Regierung. Er stellt nur noch die Frage nach

44 Prozent Lohnraub an Landarbeitern!

Für die auf dem Stadtgut Freital-Burg bei Chemnitz beschäftigten Landarbeiter sollen die Hungerlöhne bis zu 44 Prozent gesenkt werden. Die Entlohnung soll u. a. von 54 auf 30,5 Pfennig und für Frauen von 36 auf 22 Pfennig pro Stunde betragen...

RSD ruft Landarbeiter zu Sieg!

Auf 7 Gütern bei Leipzig... wurde der Streik der Landarbeiter beendet. Das Ergebnis ist auf 5 Gütern Fortzahlung des alten Lohnes, auf zwei Gütern ist vollständige Abwehr des Lohnraubes...

der Zeitdauer und den Voraussetzungen. Aber selbst auf diese Frage gibt Graf schon keine Antwort mehr. Im Gegenteil: Offen spricht er sich für die Unterfütterung der Brüning-Diktatur aus, indem er weiter schreibt:

Es wurden auch jederzeit einige Verbesserungen der Notversorgung durch die energische (!) Tätigkeit unserer Untermänner erzielt. Solche wenigstens, daß damals vor den Mitgliedern und Wählern angesichts der politischen Gesamtlage die Tolerierung einigermaßen gerechtfertigt werden konnte...

Sind das nicht dieselben Argumente wie die der Heilmann, Wels und Stämpfer? Die „Linken“ haben schon recht kapituliert, und ihr „einmaliger Seitenritt“ enthält sich jetzt den wirklich oppositionellen SPD-Mitgliedern als eine elende, gemeine Täuschung.

In ähnlichem Sinne wie Engelbert Graf äußert sich inwieweit der gleichfalls „linke“ „Disziplinbrecher“, Reichstagsabgeordneter Jiegler aus Breslau, dessen radikale Täuschungsaktion wir vor einigen Tagen bereits charakterisierten. Die Breslauer Volksmacht berichtet in ihrer Nummer vom 17. April von einer Rede des Jiegler in einer Breslauer Parteiverammlung. Es heißt in diesem Bericht über die Verlesung:

„Im Schlußwort hob Genosse Jiegler hervor, daß den Tolerierungspolitikern innerhalb der Partei nicht der gute Wille abgesprochen werden solle, weil sie ihre Taktik im Interesse der Arbeiterklasse anwenden.“

Wird es auch, SPD-Proleten! Der Panzerkreuzerbau, die Ablehnung der Kinderheftung, der unerschämte Jochmacher, der Lohnraub, der Streikbruch, das alles ist eine Taktik im Interesse der Arbeiter! So meint der „linke“ SPD-Führer Jiegler. Es ist nur gut, daß diese „Linken“ unter dem Druck der Wels und Koniorens in offen Farbe bekennen, denn das erleichtert weiteren launischen ehrlichen SPD-Arbeitern den notwendigen Schritt zur kommunistischen Partei.

Abbau, Kürzung, Streiklegung...

Proletarische Vorhute der Jochmacher

III. berichtet aus Eilen, daß der Jochverband den reformistischen Gewerkschaften nimmere die Abänderungsanträge zum Rahmentarif übermitteln hat, die schon seit langem angehängt waren. Die Forderungen des Jochverbandes sind:

- Fortfall des in Höhe von 16 Pfennig je Schicht festgelegten Zusatzlohnendes, Fortfall des tariflichen Soziallohnes bei Krankheitfällen, Kürzung der für Ueber-, Sonntags- und Feiertagsarbeit festgelegten Zuschläge von bisher 25, 50 und 100 Prozent auf 10, 25 und 50 Prozent, Kürzung der Urlaubsberechnung um 75 Prozent, Kürzung des Urlaubs von 10 auf zwei Arbeitstage, Kürzung der Deputatslohn von bisher 120 auf 100 Pfennig. Außerdem fordert der Jochverband, die Mindestlöhne der Gehilfenarbeiter um 5 Prozent heranzuziehen. Der Jochverband fordert die Beteiligung der im Rahmentarif grundsätzlich anerkannten Siebenstundenschicht. Bisher war im Tarif die Siebenstundenschicht festgelegt. Im Reichstagsabkommen wurde die achtstündige Schichtzeit für Arbeit unter Tage und die neun- und zehnständige Arbeitzeit für den Ueberbergbetrieb vorgesehen. Die Unternehmer fordern die Entwertung der Siebenstundenschicht aus dem Rahmentarif.

Selbstmord eines Reichwehrmufflers

wegen unzumutbarer Behandlung

Das Berliner Tageblatt meldet aus Frankfurt: Vor einigen Tagen wurde im Deutschen Wehr bei Weiden die Leiche des Obergeheimen Wagner vom Reichswehrkommando Weiden, der sich am 22. Februar erhängte, gefunden. Bei der Leiche befand sich ein Zettel, in dem von Schlägen und unzumutbarer Behandlung durch einen Obermuffler gesprochen wird, der den Muffler in We. T. getötet haben soll. Die Kommandantur und die Militärbehörde hat mit der Aufklärung des Falles beschäftigt.

Die linke Diktatur!

Die linke Seite ist die rechte politische Seite der getriebenen Bewegung, die aus sozialdemokratischen Schanden getrieben wird.

Die undorffichtige Volkszeitung...

Schied - Braun - Stahlhelm, die SPD und die SPD

Die Volkszeitung ist schon wieder einmal gezwungen, durch plumpe Behauptungen ihre alte Politik zu „verteidigen“, wenn man die Kritik „Die vorsichtige SPD“ als eine Verteidigung betrachten sollte. Dabei entschließt ihr ein Selbständnis, das festgehalten zu werden verdient. Wörtlich heißt es dort:

„Die Kenner-Gente in Sachen machen der Häßlichen Sozialdemokratie bekanntlich den schwersten Vorwurf, weil unsere Fraktion nicht bereit ist, gemeinsam mit SPD und KPD den schließlichen Landtag aufzulösen, und weil dadurch der Schied-Regierung die weitere Existenz ermöglicht wird.“

Damit ist recht eindeutig der böchste Versuch widerlegt, die Tatsache abzuleugnen, daß die Haltung der SPD ausschlaggebend für die Erhaltung der Schied-Regierung ist. Abgesehen davon entlarvt diese Kritik aber auch die preußische Braun-Severing-Regierung, indem sie sie ohne weiteres der Schied-Regierung gleichstellt, die Böchel selbst als eine reaktionäre bezeichnet. Dieses unfeindliche Selbständnis entschließt der Volkszeitung bei dem Besuch, den Kampf der schließlichen Kommunisten gegen die Schied-Reaktion und ihren Landtag gegen die Haltung der Partei zum preußischen Volksbegehren auszuspielen. Die SPD-Zeitung schlägt sich aber selbst in das Gesicht, wenn sie dabei einen wichtigen Absatz aus unserem Artikel zum Stahlhelmselbstbegehren bringt, in dem es heißt:

„Die Volksbegehren“ soll eine Peitsche zur bestmöglichen Durchführung der selbständigen schließlichen Diktatur sein. Nun, wundert sich da noch jemand außer einem Volkszeitungsredakteur, daß die preußischen Kommunisten, die hundertmal selbst Wahlloosangebote gestellt haben, um einen offenen Wahlkampf zu erzwingen, selbstverständlich eine außerparlamentarische Mobilisierung der Kräfte der Reaktion — und nur darum handelt es sich beim „Volksbegehren“ — mit allen Mitteln und auf schärfste bekämpfen? Die Unterfütterung und Deckung der Stahlhelm-Buben bleibt überlassen den Herren Severing und Grefenstätt und ihrer Polizei ohne deren Schutz wäre der Stahlhelmspuk längst von den Arbeitern weggespült!

In Sachen erfüllen die Kommunisten keine andere Aufgabe: Sie bekämpfen die Schied-Regierung, weil auch sie die Einseitigkeit der schließlichen Diktatur ist, durch Aufstellung der proletarischen Massen und nützen jede parlamentarische Möglichkeit aus, einen offenen Wahlkampf gegen alle Parteien zu erzwingen. Gerade deshalb hält auch die Bourgeoisie schließend ihre Hände über dieser Regierung, deren Rückenbedeckung gegenüber dem Proletariat die „linken“ SPD-Führer übernommen haben, die sich früher so radikal „gegen jede Koalitionspolitik“ aussprachen. Jetzt schließen sie offen eine Regierung, von der nicht nur Rücksicht, daß sie „noch recht lange an der Arbeit bleiben könnte“, sondern von der das reaktionäre schärfmachersche Unternehmertum, die Leipziger Neuesten Nachrichten, wörtlich sagt:

„Was auf weiteres besteht kein zwingender Grund, die jetzige Regierung umzuwidern, zumal die Regierung Schied in weitestem Kreise des Bürgertums höchste Anerkennung sich erworben hat. Woju also sollen Experimente gemacht werden, die den jetzigen Zustand nur verschlechtern werden?“

Das erklärt das schwarzweiße Unternehmertum... die SPD legt das selbe. Sie beweist damit, daß sie sich so mit den

Interessen des Bürgertums solidarisiert, daß sie gar nicht mehr imstande ist, zu begreifen, wie man klar und eindeutig Stellung nehmen kann vom proletarischen Klassenstandpunkt aus.

Daß die mannigfachen Erscheinungen und Situationen im politischen Leben mannigfaltige Methoden des Kampfes verlangen, ist Grundgesetz revolutionärer Strategie und Taktik, aber die Grundlage dieser Strategie muß sein: Kampf gegen alle kapitalistischen Mächte, ihren Staat und ihre Verbände, für die politischen und materiellen Interessen der gesamten Arbeiterklasse. Die Herren der SPD-Presse verstehen davon nichts. Im Platte der Kommunistenhefte und der Regierungspolitik haben sie sich den Schatzkammern der Unternehmerpresse zur Seite gelegt; wir sollen sie sich den Kopf zerbrechen über die Aufgaben der proletarischen Massen? Sie haben genug zu tun, um die Aufgaben, die die Kapitalisten ihnen stellen, richtig zu erfüllen!

Thälmann zum Volksbegehren der Reaktion

Wir können selbstverständlich nicht mit den Faschisten gegen die Preußenregierung ein gemeinsames Volksbegehren durchführen. Wir können ebensowenig bilden, daß bei der Arbeiterklasse Diskussion über die Preußenregierung als „kleineres Liebesbegehren, oder daß die Arbeiter nur einen Finger krumm machen, um die Braun-Severing-Regierung, diesen Hort der finsternen Reaktion in Deutschland, zu erhalten. Wir lassen uns weder in die Hilfsleistung für die Braun-Severing noch für die Jugenbergsitzer drängen. Und wir können dreistens am allerwenigsten eine Politik der Passivität betreiben. Das alles sind Selbstverständlichkeiten.

Notwendig ist deshalb, daß wir eine klare offensive Frontstellung gegen den Faschismus und gegen die Koalitionspolitik beziehen; eine Kampffrontstellung gegen die schließliche Reaktion und ihr Volksbegehren einerseits und gegen die Preußenregierung der Braun und Severing andererseits. Auf dieser Linie müssen wir die Initiative in unsere Hand nehmen und

uns an die Spitze einer wuchtigen Volksbewegung stellen.

Eine solche Volksbewegung gegen den Faschismus und die Preußenregierung wird für die gesamte Praxis unserer Parteiarbeit der rote Faden sein, auf dem wir uns in allen Fragen und auf allen Gebieten zu orientieren haben. Gewissermaßen der Gesamtplan für unsere revolutionäre Arbeit. Damit finden wir auch praktisch das konkrete Kettenglied um unsere revolutionären Aufgaben erfüllen und die Entwicklung vorantreiben zu können. Wir stellen in der Resolution die Lösung „Volksrevolution“ als strategische Hauptlösung. Wenn wir eine solche strategische Orientierung haben, brauchen wir auch in der Praxis bestimmte Aktionen, die dieser strategischen Orientierung entsprechen, die uns vorwärts bringen in der Entwicklung, so daß wir uns dem Punkte nähern, wo die strategische Hauptlösung zur Aktionsaufgabe werden kann.

Entnommen der Broschüre „Volksrevolution über Deutschland“, Rede des Genossen Ernst Thälmann auf der Tagung des Zentralkomitees der KPD. Sorgt für Massendistribution!

„Kommis der Kapitalisten“

Der „linke“ SPD-Führer Bleiler über Severina:

„Die Minister unter dem kapitalistischen Weltwirtschaftssystem sind nichts anderes als Kommis der Kapitalisten.“ Daß die „linken“ SPD-Führer unter radikalen Kräften die Politik der Kapitalisten unterstützen, versteht sich nebenbei und ist durch die Tatsache, daß die „linken“ SPD-Führer ausgerechnet Severing nach Dresden holen, erwiesen.

Kaschier über Severina:

„Ich halte den Herrn Staatsminister Dr. Severing für einen absolut anständigen und ehrenhaften Menschen und auch Politiker. Und weil ich der Meinung bin, appelliere ich an das Anstandsgefühl des preußischen Innenministers Dr. Severing. ... Ich habe es begehrt, daß Herr Severing sagt: Die Polizei ist jetzt in der Hand des Staates. ... Da sind wir vollkommen einverstanden, denn wir sind der Meinung, dann übernehmen wir jedenfalls nach der nächsten Wahl ein einheitliches Instrument, und dafür ist uns die Bestätigung des gegenwärtigen Innenministers allerdinge mehr Gewähr, als die seiner Vorgänger.“ (Preuß. Landtag, 18. 12. 1930.) Das Lob des Kaschier-Führers ist wahrlich verdient.

Severina über sich selbst:

„Es ist wohl richtig, daß ich an dem Zustandekommen der Notverordnung beteiligt gewesen bin. ... Ich habe darüber hinaus in privaten und amtlichen Besprechungen, nicht in der Konferenz der Innenminister der Länder, dem Herrn Reichsminister des Innern meine Auffassung über die erforderlichen Einzelmaßnahmen mitgeteilt und dabei keinen Zweifel darüber gelassen, daß das erbetene Mehr des gesetzlichen Schutzes sich nicht nur gegen die Kollektivpropaganda, sondern gegen jede Art der politischen und kulturellen Vermittlung richten müßte.“ In diesem Schreiben an den Vorsitzenden der preußischen Landtagsfraktion der Deutschnationalen, bekennt sich Severina nicht als einer der Väter der Paragraph-48-Notverordnung.

Und die SPD-Arbeiter über Severina?

Wir sind überzeugt, daß die sozialdemokratischen Arbeiter sich von der arbeitervendlichen Politik Severings und der Ketzerei und Eitel, die ihn absichtlich nach Dresden holten, um die Severin-Politik in Sachen nach härtester zum Durchbruch zu bringen, abwenden. Der Kampf der sozialdemokratischen Arbeiter ist in der roten Einheitsfront und am 1. Mai in der roten Einheitsdemonstration der KPD.

Straßenkämpfe in Spanisch-Marokko

Englische Kriegsschiffe unterwegs / Kommunisten in Madrid verhaftet

In Tanger, dem international verwalteten Gebiet, ist es zu heftigen Zusammenstößen gekommen. Die Republikaner erheben Anspruch auf das Gebiet. Kräfte werden aus Gibraltar, daß die demonstrierende Menge in Alcazar das dortige Regierungsgebäude mit Steinen bombardierte. Es kam zu erbitterten Straßenkämpfen.

Zehntausende Engländer sind bereits aus Tanger abgereist und der englische Generalkonsul hat die britische Regierung um Schutz ersucht.

Die Republikaner bezogen die Salazarzeit zu einem Selbstmordanschlag gegen Spanien aus. In Gibraltar haben die republikanischen Kämpfer Kourmalung und Gamarod, sowie zwei Kompanien Truppen erhalten. Sie in zweifelhafte Marokko beizugehen, um nach Spanisch-Marokko zu gehen. Die Internationalen, die diese Werbung verbreiten, demerzt hierzu.

daß die Maßnahmen wegen der unruhigen Lage in Marokko getroffen seien, um zum „Schutz der englischen Staatsbürger“ eingreifen zu können.

Madrid, 20. April. Die sozialdemokratisch-republikanische Regierung von Madrid, die den Hilgelichsten des monarchistischen Generalis Aguilera zum Vizepräsidenten ernannt hat, gibt bekannt, daß sie entschlossen ist, energische Maßnahmen gegen die kommunistischen Agitatoren und gegen die Vertreter der gegen die „bürgerliche Republik“ aufstehenden Jugendbewegungen zu ergreifen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Nach den letzten Nachrichten gibt es in Spanien über 600 000 arbeitende Industriearbeiter, d. h. mehr als ein Drittel der spanischen Industriearbeiter ist ohne Brot.

Mostau—Berlin

Die „Pratwa“ zum Abschluß der Berliner Verhandlungen

Auf die Unterzeichnung des Berliner Abkommens über die Unterbringung der sowjetrussischen Aufträge eingehend, schreibt die „Pratwa“:

„Die Sowjetaufträge werden in Deutschland eine nicht unbedeutende Rolle spielen. Sie werden einer beträchtlichen Anzahl deutscher Arbeiter Beschäftigung geben. Daher ist die Rolle der Sozialfaschisten, die die Gelegenheit benutzen, um die WESSA zu begeißeln, und sie zu beschuldigen, durch die Sowjetaufträge die Löhne der deutschen Arbeiter herabzubringen, doppelt niederträchtig. Diese schurkische Lüge wird verbreitet zur selben Zeit, wo in Deutschland mit Hilfe der Sozialfaschisten ein systematischer Lohnabbau durchgeführt wurde und noch durchgeführt wird.“

Trotz der entgegengelegten Bemühungen der Sozialfaschisten hat das jetzt unterzeichnete Abkommen eine ernsthafte Brezche in die Versuche antisowjetischer Eintreibung geschlagen. Angesichts der sich vertiefenden Krise halten die deutschen Industriellen es für unvorteilhaft, offen in das antisowjetische Lager überzugehen und auf die Möglichkeit realer Fortschritte durch friedliches Zusammenarbeiten mit der im raschen Aufschwung begriffenen Volkswirtschaft der Sowjetunion zu verzichten. Diese Tatsache ist gerade heute von besonderer Bedeutung, wo die französischen Interventionen verzweifelte Versuche machen, Deutschland auf ihre Seite zu ziehen.

★
Moskau, 18. April. „Iswestija“ gibt der Auffassung Ausdruck, daß Deutschland, indem es sich in der Frage der Entwidlung der Zollbeziehungen in Europa an den Weltfrieden wende, damit des Abschlusses der österreichisch-deutschen Zollunion die Initiative, die bisher Frankreich innegehabt habe, übernehme und die Initiative in der Auflösung des europäischen Zollproblems ergreife.

Die Zeitung glaubt, daß diese Erscheinung von einer Verschärfung des imperialistischen Kampfes auf den europäischen Märkten zeuge und den Weg zum wirtschaftlichen Boykott der Sowjetunion freimache, da die Errichtung besonderer Erleichterungen in den Handelsbeziehungen zwischen den einzelnen europäischen Staaten den Versuch bedeute, für die Sowjetausfuhr schlechtere Bedingungen zu schaffen, als für die privilegierten Staaten bestehen.

Die Zeitung glaubt, daß diese Erscheinung von einer Verschärfung des imperialistischen Kampfes auf den europäischen Märkten zeuge und den Weg zum wirtschaftlichen Boykott der Sowjetunion freimache, da die Errichtung besonderer Erleichterungen in den Handelsbeziehungen zwischen den einzelnen europäischen Staaten den Versuch bedeute, für die Sowjetausfuhr schlechtere Bedingungen zu schaffen, als für die privilegierten Staaten bestehen.

Arbeitslosendemonstrationen in Kanada

EP. Ottawa, 18. April. Zu großen Arbeitslosen- demonstrationen, die von Kommunisten organisiert wurden, kam es heute in verschiedenen Städten Kanadas. Die Demonstrationen hatten einen Protest gegen die Weigerung des Ministerpräsidenten Bennett dar, eine staatliche Arbeitslosenunterstützung einzuführen.

In Winnipeg demonstrierten etwa 4000 Erwerbslose, wobei es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. Sechs Personen wurden verletzt ins Krankenhaus eingeliefert. In der als kommunistische Hochburg bekannten Stadt Sudbury veranstalteten 3000 Erwerbslose eine Kundgebung. Hier kam es gleichfalls zu Zusammenstößen mit der Polizei.

„Volksrevolution über Deutschland“

Die Katastrophentheorie der Herrschenden, des Bankrotts der Sozialdemokratie und die strategische Hauptlinie der revolutionären Rettungspolitik der KPD, zeigt das Reformunvermögen des Führers, Genossen Ernst Thälmann auf der letzten Tagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei.

Es ist soeben als Broschüre erschienen, bei jedem Literaturbureau und in den Arbeiterbuchhandlungen zu haben.

Frauen in Not

Bericht von Carl Crede

27. Fortsetzung

Es ist doch eigentlich eine ungeheure Zumutung für ein denkendes Weib — und Marie Luise hatte ja mittlerweile denken gelernt —, von einem Manne, den man als minderwertigen, struppeligen Schult erkannt hat, von dem man sogar rechtskräftig geschieden ist, ein Kind auszutragen. Dieser Zwang wurde dadurch noch bitterer, daß dieses Kind nicht vollwertig war, und die Situation wurde geradezu katastrophal, weil Marie Luise zehn lange Jahre das langsame Dahinwahrn ihres Kindes mit ansehen mußte, eines Kindes, das sie schließlich doch intaktmäßig als Mutter lieben mußte.

Ich bin der Ansicht, daß im vorliegenden Falle die Schwangerschaft ohne weiteres hätte unterbrochen werden müssen. Dann hätte sich Marie Luise auch gründlich behandeln lassen, und wäre schon nach einem Jahre in der glücklichen Lage gewesen, sich — nunmehr gewiß — einen gesunden Ehegatten auszuwählen. Ich meine, man sollte den § 218 ruhig abschaffen. Er taugt doch nichts.

Frau Drucker

Herr Doktor, mit dem Kinde muß irgend etwas geschehen! Bedt da ein kleines Kaufmanns-Ehepaar. Er ist ein richtiger, biederer Mann von ungefähr 40 Jahren. Sie, groß, kräftig, lauber, ein bißchen dümm. Die Brute haben winzige Einnahmen, eine kleine laubere Wohnung und leben recht und leidet. Ihr Dasein wird verhäßt durch die Freude an ihrem munteren, netten Jungen, dem einzigen, der indes Weisheit probiert.

Da kommt das Unglück in Gestalt eines zweiten Kindes, das im Uterus — ein Tot — ist. Das Kind hat einen phänomenalen Körper von alpinen Formen, so eine richtige Helmbreite, es ist auch ganz häßlich und appetitlos, aber es ist eben ein Totweib. So gibt auch nicht die geringste Neugierde etwas über Vernunft von sich. Dabei sind seine braunen Augen so schön. So guckt aber nie die Mutter an, so leidet die auch dabei

im Zeichen der deutsch-österreichischen Zollunion

Österreich provoziert Wirtschaftskrieg mit der Sowjetunion

Sowjetfeindliche Boykottmaßnahmen — Sowjetunion kündigt Zurückziehung der Industrienaufträge an

Wien, 18. April. Zwischen Österreich und der Sowjetunion ist infolge einer Verzögerung des Landwirtschaftsministers Dollfuß ein erneuter Wirtschaftskrieg ausgebrochen. Dollfuß hat auf Grund einer Veterinärverordnung aus dem Jahre 1909 die Einfuhr russischer Eier nach Österreich verboten. Obwohl diese Verordnung sich gegen Polen richtete, wurde die Einfuhr polnischer Eier, die sehr bedeutend ist, bisher von Österreich niemals beschränkt. Obwohl von der Sowjetunion nur beabsichtigt war, 100 Waggons Eier bei einem Jahresimport in Österreich von insgesamt 1600 Waggons, zu importieren, hat der Landwirtschaftsminister mit einem Einfuhrverbot geantwortet.

Daraus geht klar hervor, daß es sich um eine sowjetfeindliche Boykottmaßnahme handelt. Als diese Verordnung dem österreichischen Senat der Sowjetunion bekannt wurde, begab er sich sofort zu Außenminister Schober und teilte ihm mit, daß auf Grund eines Beschlusses des 6. Sowjetkongresses jegliche Wirtschaftsbeziehungen mit einem Lande sofort zu unterbrechen sind, das Boykottmaßnahmen gegen die Sowjetunion durchführt. Daher würde sich auch die Sowjetunion gezwungen sehen, auf Grund der Verfügung des Landwirtschaftsministers alle Industrienaufträge in Österreich sofort zu stoppen. Es handelt

sich dabei um Aufträge im Werte von 2 Millionen Dollar, die an die KGB-Union, die Elm-Werke, die Maschinenfabrik Halb und andere Werke bestellt wurden.

Kommunistischer Wahlerfolg in Oberösterreich

Schwere Niederlage der Heimwehr und der Sozialdemokraten

Wien, 20. April. Bei den Wahlen in Oberösterreich erhielten die Christlich-Sozialen 239 963 Stimmen; sie gewannen 22 309, die Sozialdemokraten verloren 7612 Stimmen; sie erhielten 128 378 Stimmen. Der Heimatblock erhielt 18 818 Stimmen und hat somit 20 909 Stimmen verloren. Der Nationale Wirtschaftsbund und Landbund, die eine Wahlgemeinschaft bildeten, verloren 21 015 Stimmen; sie erhielten 50 832 Stimmen. Die Nationalsozialisten erhielten 15 770 Stimmen und gewannen somit 4208; die Kommunisten gewannen bei 8707 Stimmen 1514.

Die bulgarischen Arbeiter und Bauern rüsten zum 1. Mai

Revolutionärer Aufschwung in Bulgarien

Die Massen strömen zur revolutionären Arbeiterpartei — Regierung Claptschew zurückgetreten Wahlreform aus Furcht vor dem „an Boden gewinnenden Kommunismus“

Sofia, 18. April. Aus den Vertretern der revolutionären Arbeiterorganisationen und den Betrieben wurde ein Zentrales 1. Mai-Komitee gebildet. Ebenso wird aus der Provinz die Bildung von lokalen 1. Mai-Komitees gemeldet. In diesen Orten fanden große Arbeiter- und Bauernkundgebungen zur Vorbereitung des 1. Mai statt.

Das ZK der Arbeiterpartei hat beschlossen, für die Durchführung des 1. Mai und der Sabranje-Wahlen die Summe von 100 000 Lebas zu sammeln. Binnen einer Woche nach diesem Beschluß hatten schon 41 Provinzorganisationen die auf sie entfallende Summe nicht nur erreicht, sondern auch vielfach weit überschritten und dem ZK überreicht.

In der Stadt Jachtima haben die Arbeiter, die beim Ausladen von Waggons am Bahnhofs beschäftigt waren, ihren gesamten Arbeitslohn dem ZK überreicht. Im Dorfe Kadeja haben Bauern Straßenarbeiten übernommen und die Höhe dem 1. Mai-Komitee gemeldet. In der ersten Aprilwoche liefen so 85 000 Lebas dem ZK ein. Teilweise überließ die Polizei die Sammler und Beschlagnahmte die bei diesen vorgefundenen Summen.

Wien, 18. April. Der Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ meldet aus Sofia den Rücktritt des Kabinetts Claptschew. Es wird angenommen, daß der König den Demokraten Malinow mit der Regierungsbildung betrauen wird, da der König „jüngst während einer Infignitäreile durch die Pro-

vinzen Gelegenheit hatte, die infolge der Wirtschaftskrise geäußerte oppositionelle Stimmung der Bevölkerung festzustellen.“ Damit ist der revolutionäre Aufschwung der Massen angedeutet.

Die Wahlreform, die soeben im Parlament mit den Stimmen der Regierungspartei und der Sozialdemokraten angenommen wurde, ist von dem Sozialfaschisten Kolaroff, der Mitglied der Revisionskommission im Justizministerium ist, und seinen Parteigenossen Tschewtschew und Patschoff ausgearbeitet worden. Während nach dem bisherigen Wahlrecht die Sozialdemokraten auf kein einziges Mandat mehr Aussicht gehabt hätten, schufen sie sich in dieser Wahlreform die Möglichkeit zu einer Rückkehr in die Sobranje.

Allgemein wird nämlich erwartet, wie es in der Debatte im Parlament auch der Redner der Regierungspartei betonte, daß der Stof der Werttätigen unter der Führung der Arbeiterpartei zur zweifelhafte Partei bei den im Mai stattfindenden Parlamentswahlen werde. Es wird deshalb gar nicht geleugnet, daß dieses Wahlergebnis gegen den „an Boden gewinnenden Kommunismus“ richte.

Sebestreik in Brüssel

Brüssel, den 20. April. Der angeführte Sebestreik in Brüssel, der rund 3000 Personen betrifft, ist am Montag früh ausgebrochen und wird fast seßlos durchgeführt. Nur das Personal der Zeitungen „Le Soir“ und „Le Vingtieme Siecle“ beteiligt sich noch nicht am Streik. Alle Zeitungsgebäude werden polizeilich bewacht.

sondern nur immer frampfhaft schreit schielend zur Decke. Stundenlang plarrt und müht das Kind, es schreit und wimmert, als ob es Schmerzen hätte. Der Arzt — die Urga — finden nichts, nur: es ist eben ein Trottel. Der Hausarzt als Vertrauensmann der Familie ließ nichts unversucht. Sogar die Ausgaben einer Reise zur nächsten Universitätsklinik wurden von den Eltern mitgetragen. Das Kind war und blieb imbezill.

Jetzt war es nun zwei Jahre alt geworden, zu machen war nicht mehr viel, aber trotzdem ging der Arzt alle paar Wochen mal zu den Eltern hin, um die Eltern zu schämen. Da haun Sie? Eltern schämen? — Die sind doch gar nicht krank! O doch! Die Leute sind nämlich schon erheblich gemütskrank, und das ist immer gefährlich.

Die Mutter ist schließlich nahezu rabulose geworden. Nicht nur, weil das Kind soviel Pflege braucht und gar nicht weiterkommt, sondern weil sie Tag und Nacht vom Gedanken geplagt wird: was wird mit dem Kinde werden? — So lächerlich es für jeden Mann klingen mag, es ist doch wahr: die Frau hängt an dem Kinde. Sie pflegt es auch tabellos. Der Vater ist schon etwas anders eingestellt, energischer, logischer, männlicher.

Nun leben die Deutschen in einer Wirtstafelne, und da ist natürlich alles miteinander verknüpft. Da hat die Frau Drucker neulich dem Arzt schon angedeutet, das wäre eine Gemeinheit von der Nachbarsin, der Kiemern, die hätte ihr neulich die Ehre abgehauen und behauptet, der kleine Walter, so hieß der Totweib, hätte es schlicht. Das Kind weins oft Kumbenlang und würde geschlagen, und das sei eine gemeine Lüge! Der liebe Gott solle sie strafen, sie, die Mutter, wenn das Kind auch nur einen Schlag bekommen hätte. Im Gegenteil, sie hätte das Kind von Herzen lieb und sei krank vor Mitleid mit dem Jungen und der Mutter hätte dem Kinde doch auch nichts, der würde viel zu ruhig und vernünftig dazu und hätte es im Grunde auch lieb und bewaure es, aber er gebe nur nicht viel, das sei ja seine Art.

Welche Gefahrenquelle! So, wie man heute mit Kasjoge und Eid umgeht, braucht dem Kinde nur was zu passieren, und es ist eine natürliche Reaktion, aber ein Fall aus dem Hals in oder Kopf, dann fliegt der Leute schand die über den Hals in der Luft. Die Urga ist schon fertig und lässt gleich auf „Mort“ Das liegt immerhin im Bereiche der Möglichkeit, und wenn man alle Eventualitäten bedenkt, kann es leicht zu so einem Schicksal kommen.

Einige Tage kommt der Vater sehr unglücklich. Herr Doktor

mit dem Kinde muß etwas geschehen, das Kind muß irgendwas befreit gebracht werden.“ Das sagt dieser pflichtgetreue, rechtliche anhängende Mensch würdlich. Ein intelligenter, ein unbedrückt und sonst gar nicht verdächtig veranlagter Mann.

„Um Gottes willen, bester Herr Drucker, sagen Sie das nicht laut“, warnt der Arzt, „so etwas darf man nicht einmal denken. So besteht nicht die geringste Berechtigung, das Kind ins Jenseits zu befördern.“ Er: „Aber, Herr Doktor, den Kerzen muß doch so etwas erlaubt sein, das hat doch gar keinen Zweck, daß wir das Kind bloß für die Idiotenanstalt großziehen. Das können wir nicht bezahlen mit unserem kleinem Einkommen. Man würde es sich ja abhandeln, wenn es Jauch hätte, aber es ist ganz blödsinnig; denn das Kind ist doch nur zu bedauern.“ Der Arzt: „Um Gottes willen, Herr Drucker, seien Sie doch vorsichtig.“ Er: „Das sage ich ja auch nur Ihnen, weil ich Ihnen blind vertraue.“ Der Arzt: „Das ist sehr nett von Ihnen, aber wenn Ihre Frau nun einmal so etwas Ähnliches sagt, um Himmels willen, und wenn dann dem Kinde mal etwas passiert . . . na, Herr Drucker, ich werde mich nach wie vor um das Kind kümmern, damit ich wenigstens mit gutem Gewissen, wenn ich gefragt werde, sagen kann: Ich bin oft unvermutet zu den Eltern ins Haus gekommen und immer wurde das Kind gut gepflegt“, und dann, lieber Drucker, will ich Ihnen noch was erzählen:

Es gab da im großen Mittelraum ein Griechenschiff, die Spartaner. Die schickten sich, selbstbewußt und unerschrocken, Geschlechter von höher geistigen und körperlicher Gesundheit. Warde da ein Kind geboren, das ihnen nicht lebenswert erschien, wurde das Kind einfach einen Abhang hinuntergeworfen, einen Abhang, an dem hängten Ufern des kleinen Corinthischen, an dem Sparta lag.

Das wissen alle Schichtboten, und wenn den Knaben und Mädchen in der Schulfurche von diesen Corinthischen erzählt wird, dann kriecht ihnen eine leichte Schweißperle über den Rücken. Dabei spricht aus den Worten der Urga meistens nicht einmal eine abfällige Kritik. Der ganze Corinthische Schicksal eben schließlich keine absolute Wahrheit, sondern die Welt der Vernünftigen, dieses Lebensschicksal, welches geschickelt war. Im Grunde lag darin viel mehr Menschlichkeit als was wir heute für anbringen, die nach unruhigen von Humanitätswort, und aber an Brutalität von keinem Zeitlicher übertrafen wird.

(Fortsetzung folgt)

Dresden-Sachsen

Butters Milch, Tittmannstraße 13b
Knecht Kähler, Hohenbergstraße 18b
Kraus Nisch, Suttendorfer Straße 1a

Striesener Möbelhaus
Oberlinthner Tischlerei
Wollwaren HOFFMANN 8%
Jugo Schäfer, Schandauer Str. 84

Feine Fleisch- u. Wurstwaren
Emil Ditt, Schandauer Straße 61
H. Fleisch- und Wurstwaren
Kaufmannsverein bei H. Papper

Rosch-Drogerie
Wilhelm-Brot
Drogerie Alred Keul
Kolonialwaren Felix Vogel

Fahrräder - 3 RM Abzahlung
Bruno Herrtramp
Foto-Rat und -Hilfe
Kauf im Schuhhaus Eippert

Dresden-Johannisstadt

Dresden-Reick

Dresden-Dobritz

Dresden-Strehlen

PAUL MÜHLE
Rufit-Schwente
Drogerie Teichmann
Vogts Drogerie

Richard Knüpfer
Rob. Hontzsch
Wies Zimmermann
Adolf Tische

Paul Semrad
Brot, Weiß- u. Feinbäckerei
Reicker Drogerie
Reicker Fischhalle

Walter Kretschmar
Drogerie und Kolonialwaren
Kolonialwaren - Bistek
Kolonialwaren - Butterhandlung

„Wohlfahrt“
Iba verm. Ludwig
Bastwirtschaft Dorotheenhof
Drogerie Bruno Gaislers

Dresden-Leubnitz

Dresden-Grüna

Dresden-Leubnitz

Dresden-Leubnitz

Franz Rödel
Ardie
Friedrich Berger
Karl Schindler

Karl Schindler
Karl Hempel
Wilma Hehlisch

Hansel's Restaurant
Rosenberg Drogerie
Hermann Quasborn
Feine Fleisch- und Wurstwaren

Brot, Weiß- und Feinbäckerei
Iba verm. Braun
Willy Schönlank

Drogerie Schönlank
Kolonialwaren, Obst und Gemüse
Kolonialwaren, Obst und Gemüse

Dresden-Laubegast

Dresden-Laubegast

Dresden-Laubegast

Dresden-Laubegast

Drogerie am Rosenhügel
Kaufhaus des Ostens
Wolfgang von Schönermann

Paul Witte
Otto Sämann
Drogerie „Der Fleck“

Kädel und Konditorei
Johann Kolodgie
Kädel und Konditorei

Dresden-Seidnitz
Hugo Hiller
Drogerie und Konditorei

Kolonialwaren, Obst und Gemüse
Dresden-Gostritz
Paul Kauer

Severing diktiert den Gemeinden in Preußen:

Lohn-, Gehalts- und Unterstützungsräub!

Erhöhung der Regier- und Biersteuer / Schulabbau / Erdrosselung der Gesundheitsfürsorge / Die Schied-Regierung in Sachsen lernt von Severing / Arbeiter, verlangt Auskunft von Severing

Heute spricht Herr Severing in Dresden. Severing ist preußischer Innenminister. Als solcher bemüht er sich, den Hunger...

Neue unerhörte Anschläge Severings gegen die Werktätigen. Berliner Zeitungen berichten erst vor wenigen Tagen über neue Sparanweisungen des Herrn Severing an die Gemeinden...

Ueberwindung der Finanzschwierigkeiten der Gemeinden auf Kosten des arbeitenden Volkes und insbesondere der Erwerbslosen.

Severing gibt in dieser Verordnung den Bürgermeistern usw. Richtlinien zum weiteren verheerenden Abbau der Gemeindeausgaben für die Wohlfahrtsverwaltungen...

Zum Punkt Personalarparnisse heißt es in der Verordnung: „Eine nicht unbeträchtliche Ersparnis wird durch die Einführung einer Einstufungs- und Beförderungssperre für Beamte und Angestellte erreicht werden können.“

Weiter heißt es dann, daß selbstverständlich auch Gehalts- und Lohnsenkungen notwendig seien, und daß auch eine Herabsetzung der Arbeitszeit bis auf etwa 40 Stunden in der Woche bei entsprechender Kürzung der Löhne und Gehälter in Frage komme.

Zum Schulwesen erklärt Severing, daß nennenswerte Ersparnisse nur durch eine weitere Verminderung des Lehrpersonals zu erzielen seien:

„Müher der Nichtüberbelegung freierwerdender Stellen kommt auch die Freimachung solcher Stellen in Betracht, die zur Zeit nur auftragweise verwaltet werden.“

Eine weitere Erhöhung der Zahl der Schüler, die auf eine Schulfalle kommen, sei notwendig. Die Arbeitskraft der Lehrkräfte müsse voll ausgenutzt werden. Der Bedarf an Vertretungslehrkräften könne in vielen Fällen erheblich vermindert werden.

Das tollste leistet sich die Verordnung in dem Abschnitt über die Wohlfahrtsausgaben. Hier wird nicht weniger verlangt als die:

Durchführung einer allgemeinen Herabsetzung der Unterstützungen für die ausgebelegten Erwerbslosen und die Kleinrentner.

Severing verlangt, daß die Rückschlüsse für die Wohlfahrtsunterstützungen den angesichts gekunkenen Lebenshaltungskosten durch Herabsetzung angepaßt werden müßten. Bei Befähigung von ausgebelegten Erwerbslosen könnten die Kosten durch Anwendung eines möglichst niedrigen Lohnsatzes wesentlich vermindert werden.

„Ersparnisse sind an vielen Stellen auch bei der Gesundheitsfürsorge für die laufend unterkürzten Wohlfahrtsempfänger möglich, insbesondere bei der Krankenhausfürsorge.“

Weiter heißt es dann: „Gewisse Ersparnismöglichkeiten werden auch bei den Zuschußunterstützungen für solche Erwerbslose vorliegen, die noch von der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung Unterstützung erhalten.“

Stellung Vorbild für die Schied-Regierung, die Brüning-Fürsorge in Sachsen

Die sächsische Regierung macht es Herrn Severing heute nach. Sie erteilt eine Verordnung, in der sie äußerste Sparmaßnahmen in den sächsischen Schulen verlangt. Es heißt dort: „auch ohne daß es einer Herabsetzung bestehender gesetzlicher Vorschriften bedarf, sind Einsparungen im Schulwesen zu erzielen, z. B. durch Verminderung jeder Erhöhung des Wochenstundenbedarfes der Schulen und jeder Vermehrung der Lehrkräfte... durch weitestgehende Ausnutzung vorhandener Schulräume und durch äußerste Sparmaßnahmen bei Schulbauten, durch Einschränkung der sachlichen Ausgaben für die Unterrichtsverteilung auf das unbedingt Notwendige, besonders bei Lehr- und Lernmitteln, den Schulbüchern und der Einführung neuer Schulbücher und durch solche Ausgestaltung der Unterrichtsgegenstände und Methoden, die die geringfügigsten Aufwendungen für Lehrer und Schüler erfordern.“

In Dresden ist Herr Blücher eifrig am Werk, die Schulbedürfnisse abzubauen. Heute noch steht der bis zum Dach fertig-

gestellte Schulneubau der 1. und 2. Berufsschule mit vernagelten Fenstern und Türen da. Die Gelder für die Schulwunderungen sind gefressen, die Schulspendungen für seine Anweisungen eingeschränkt und die Schulgelddarlehen für bedürftige Schüler von ehemals 210.000 auf 150.000 RM herabgesetzt.

Diktiert Herr Severing in Preußen den Gemeinden Erhöhung der Regiersteuer und Biersteuer, so macht es Herr Führer auch ohne besondere Anweisung. 350 Prozent Erhöhung der Regiersteuer und 6.500.000 Mark Drohsiegel der Fürtörgeausgaben. Das ist sein Werk, gemeinsam mit dem reaktionären Rat in Dresden.

Und sie kommt doch:

Der Diktator hat das Wort...

Der Renegat Wirth geht zur Staatspartei / Kommunistischer Antrag gegen den Abbau der Schulspendungen angenommen / Die Biersteuer erneut abgelehnt!

Der öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten ging eine gemeinsame von Rat und Stadtverordneten voraus. Diese hatte sich zum 12ten Male mit der Biersteuer zu beschäftigen. Keine derjenigen Parteien, die durch ihre Unterstützung der Brüning-Regierung dieser Steuer erst zur Einführung verholfen haben, wollte die Verantwortung für die 100prozentige Erhöhung übernehmen. Sie überließen es dem Diktator, der Gemeindevater, von der sie ja wissen, daß sie dem Rat diesen Liebesdienst gern erweist, diese Steuer per Diktat einzuführen.

Der Renegat Wirth geht zur Staatspartei

Die Sitzung der Stadtverordneten wurde mit der Einweisung des neuen, an Stelle von Rülz eingerückten Stadtverordneten eingeleitet. Dann gab es eine Session. Der ehemalige langjährige Stadtverordnetenvorsteher und Spitzenkandidat der SPD, der frühere Eisenbahner-Bezirksleiter Wirth, meldete seinen Uebertritt zur Staatspartei. Die Eisenbahner wissen, daß Herr Wirth damit einen Schritt vollzogen hat, den er schon längst hätte tun sollen. Die dem Arbeiterfeind zählende Einheits-

Der 1. Mal

ist der Kampftag des internationalen Proletariats. 100.000 Maiplaketten! Das ist das Maiabzeichen der KPD. Jeder Genosse kauft es sofort. Der Preis beträgt nur 20 Pfennig.

verband heute noch Pension und Ruhegehalt. Der Herr Wirth kennt, weiß, daß dieser Schritt bei ihm noch nicht der letzte sein wird.

Wo wird Herr Wirth noch landen?

Diese Frage ist nicht leicht schwer zu beantworten. Der Schritt dieses Renegaten sollte allen SPD-Keulen zu denken geben. Zahlreich konnte dieser Kommunistenfresser sein schmutziges Handwerk betreiben. Zahlreich kam er an der Spitze des Eisenbahnerverbandes, schloß Kommunisten aus und machte sie vogelfrei zum Hinauswurf für die Verwaltung. Er liierte der Eisenbahnerverwaltung gefährliche Spitzelberichte über angebliche geplante Attentate der Kommunisten. Die Werktätigen wissen, wo Herr Wirth noch landen wird. Der Weg dieser goldenen Unternehmernacht ist bei den Falschritten.

Dann wurden 34 Punkte der Tagesordnung ohne besondere Diskussion angenommen. Darunter befinden sich Berichte über Herabsetzung der Kopspreise bei der Gasanstalt. Der Antrag, die Preise für die Kinderbewerksamten zu senken, wird angenommen. Beschlossen wird weiter, den Massenweisen Besuch der Hygieneausstellung durch Volks- und Berufsschulen kostenlos zu gestalten. Der Volkshochschule werden durch die große Einheitspartei 10.000 RM gegen die Stimmen der KPD bewilligt. Die KPD fordert Auszahlung dieser Summe an die hiesigen Arbeiterklasse. Dies wurde selbstverständlich abgelehnt.

Kommunistische Forderungen gegen Lohnabbau

Dann kam folgender Antrag der KPD zur Beratung:

- Kollektum wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, 1. den Prozentigen Lohnabbau der bei der Streikbewegung beschäftigten Erwerbslosen rückgängig zu machen, 2. den allen Gewerbetreibenden geltenden Mindestlohn während der Dauer des Kampfes die Fortgesetzterhöhung zu gewähren.

Diese Tatsachen zeigen die SPD-Führung an der Spitze der Sozialreaktion. So betrachtet werden auch die Finanzgründe des Aufstiegs Severings in Dresden klar. Die Edel, Krug und Blücher haben sich Severing verschrieben, um die SPD-Arbeiter besser einleiten zu können. Mit den Wägen vom Schut der bürgerlichen Republik wird Herr Severing die SPD-Arbeiter für die Koalition der Edel und Schied vorbereiten und ihnen die Notwendigkeit des Kampfes auf ihre Taschen plausibel machen.

Die Werktätigen müssen klare Antwort verlangen. Ihre Lösung muß sein: Kampf dem Streik- und Unterdrückungs-Kampf der sozialen Reaktion. Die einzige Partei, die den Kampf gegen Sozialreaktion und Streikraub, ist die Kommunistische Partei. Die Werktätigen zeigen ihre Bereitschaft zum Kampf am 1. Mai. Ihre Lösung zum 1. Mai: Kein Werkstätiger marschiert am 1. Mai mit der Panzertruppenpartei.

Die Werktätigen marschieren am 1. Mai in der roten Gewerkschaft unter Führung der Kommunistischen Partei!

Der Antrag geht nach Begründung durch den Genoss Schneider an den Prüfungsausschuß. Die SPD hatte kein Interesse an der sofortigen Erledigung.

Die KPD gegen Abbau der Schulspendungen

Nach diesem Antrag fand folgender Antrag der KPD statt sich gegen den Abbau der Schulspendungen wendete, zur Behandlung: Kollektum wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, 1. die durch Anweisung an die Schulleitungen verordnete Einschränkung der Schulspendungen auf 3 Tage in der Woche sofort rückgängig zu machen, 2. auch allen neu hinzukommenden Kindern die Schulspendungen in vollem Umfang zu gewähren.

Der Antrag wird nach Begründung in Schlußberatung genommen. Der Reichsbannergeneral Franke verurteilte mit Reservationen gegen die KPD von der ständigen Rolle der SPD abzulenken. Genosse Schneider antwortete ihm und zeigte die demagogische Rolle der SPD-Führung. Der Antrag wird dann mit Mehrheit angenommen. Wer aber glaubt, daß Herr Blücher sich bei seinen Sparaktionen hüten lassen wird, ist auf dem Holzwege.

Für die Rechte der Mieter kämpft allein die KPD

Der nächste Antrag der KPD wird von keiner Gruppe unterstützt und verläuft der Ablehnung. In diesem wurde die Entsendung einer Delegation zum Kampftag der Mieter gefordert. Nach diesem Antrag mochten die KPD durch ihren Rechtsanwalts Ringe in Demagogie. Sie erwiderten den Rat, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden und gegen einzelne Kürzungen der Renten der Kriegsgeldbesitzigen zu protestieren. Das verlangt dieselbe Gesellschaft, die zu neuen Kriegen hegt. Genosse Schrapel nahm sich diese Demagogie gehörig vor.

Zum Schluß fand ein Antrag, der sich mit den Beschäftigten am Kronstädter Platz beschäftigt. Die Anwohner hatten in mehreren Versammlungen Stellung genommen zu den unhumanen Verhältnissen. Arbeiter wie die Gewerbetreibenden protestierten gegen diese Zustände und verlangten Herabsetzung. Genosse Schneider hatte folgenden Antrag eingebracht:

Kollektum wolle beschließen, den Rat zu ersuchen,

- a) die beim Bau des Abwagelbaus durch die KPD beteiligten Beamten aufzufordern, die Beamtentätigkeit unter Weiterzahlung des vollen Tariflohnes sofort anzuführen zu lassen, b) den Geschäftsinhabern am Kronstädter Platz, welche durch die lange Dauer der Beamtentätigkeit und die unzumutbar hohe Bezahlung geschädigt sind, eine Entschädigung zu gewähren.

Die Gewerbetreibenden lassen ihre eigenen Worte im Stich. Die Hauspostfas am Herrn Wagner wollten natürlich Zeit gewinnen und beantragten deshalb Vertagung. Das wurde abgelehnt. Genosse Schneider zeigte am Hand von Material, wie es dort aussieht. 10 Stroben sind schon wochenlang abgeputzt. Die Einbuße der Geschäftsleute ist groß. Es ist nämlich keinerlei Durchgangsort mehr möglich. Der kommunistische Antrag wird nicht unterstützt und fällt. Dafür wird ein wichtigerer Antrag der KPD angenommen. Danach Dunkelkammer.

Gewerkschaft wurde in der Reichsstraße eine 54 Jahre alte Witwe Wiederbelebungsoverläufe hatten keinen Erfolg. In der Wilder-Rand-Strasse wurde eine 54 Jahre alte Frau vergiftet aufgefunden. Wiederbelebungsoverläufe hatten Erfolg. Sie wurde nach dem Krankenhaus gebracht.

Drei Schönheitsfehler des Mundes

- 1. Der Zahnstein: Ein Stein des Speichels... 2. Mißfarbener Zahnbelag: hervorgerufen durch... 3. Ubler Mundgeruch: die Folge... SLUB Wir führen Wissen.

Kampfschließung der Zigarettenarbeiterinnen:

„Wir wollen nicht mehr hungern“

Unterstützungsraub und Tarifbruch in der Zigarettenindustrie / Arbeiterinnen kommen zur RGO / Betriebsgruppen der RGO auf die Posten / Mobilisiert die Belegschaften

Die reformistische Bürokratie hat den Zigarettenarbeiterinnen und -arbeiterinnen durch die 40-Stunden-Woche ohne vollen Lohnausgleich nicht nur zu einer Lohnkürzung verurteilt. Jetzt soll durch die Sperrung der Tabaksteuerunterstützung auch noch die Voraussetzung dafür geschaffen werden, daß die Arbeiterinnen durch Hunger zur Arbeit gezwungen werden, zu so schlechten Bedingungen, daß der Tarif durchbrochen wird. Die Bonzen und reformistischen Betriebsräte kümmern sich nicht darum. Sie unterstützen direkt und indirekt diese Maßnahmen der Zigarettenindustriellen. Die Zigarettenarbeiterinnen aber ermahnen, und die Pflicht der RGO-Gruppen in den Betrieben ist es, mit den roten Betriebsräten sofort Stellung zu dieser Situation zu nehmen und die entsprechenden Kampfmaßnahmen zu beschließen.

Über die Verarmung der Zigarettenarbeiterinnen, die durch die Mißwirtschaften des Finanzamtes um ihre Unterstützung gebracht werden sollen, wurde bereits von uns berichtet. Die Diskussion förderte so viel Material über die unerbittlichen Mißstände in den einzelnen Betrieben und den Betrug der Bonzen zutage. So berichtet eine Arbeiterin aus der Delta, daß die Tabakarbeiterinnen durch ihre Abmachungen über die verkürzte Arbeitswoche den Ausbeutern die Handhabe geben, die Ferien zu kürzen bzw. den Versuch dazu zu machen. Wenzel, vom Hauptvorstand, hat erklärt: „Wir haben einen Fehler gemacht, das läßt sich aber nicht mehr ändern.“ Dadurch soll der Widerstand der Arbeiter gegen den Ferienraub gebrochen werden. Die Arbeiter aber werden sich nicht noch nach dem Lohnraub durch die Fünftageswoche um die Ferien pressen lassen.

Eine andere Arbeiterin wendet sich gegen die betrügerliche Lösung der Unternehmer und Reformisten über „Doppelverblener“. Bei den großen Entlassungen sind verheiratete Frauen herausgeworfen und einige Tage später ist vielfach auch der Mann entlassen worden. Diese Lösung „Doppelverblener raus“ soll nur dazu dienen, daß sich die Arbeiter streiten, damit die Unternehmer weiter abemaschen können. Wir müssen geschlossenen gegen die kapitalistische Bande stehen und dürfen uns nicht gegeneinander hehen lassen.

Bei Bergmann sind Arbeiterinnen eingestellt, die billiger arbeiten sollen als die übrigen Arbeiterinnen. Dabei werden sie auf das schändlichste angetrieben. Unbefähigt ist heute die Firma darum, wie das Zeug zusammengeschnitten wird. Die sonst übliche Arbeit von früher kommt gar nicht mehr in Frage und der reformistische Betriebsrat läßt alles durchgehen. Wenn wir 120 Kilo machen, hätten wir 18 Mark Lohn bekommen, aber wir müssen 150 Kilo pro Tag für 50 Pfennig Stundenlohn machen und so dem Unternehmer in die Tasche arbeiten. Die handlichen Arbeiter bekommen den Sonnabend bezahlt, die Arbeiterinnen nicht. Die Arbeiterinnen müssen einen Revers unterschreiben, daß sie zu den schlechten Bedingungen arbeiten wollen. Aber der Verband kümmert sich um den Tarifbruch nicht. Eine 60jährige Arbeiterin hat sich den Arm gebrochen und bekommt 54 Pfennig Krankenunterstützung und 14 Pfennig Krankengeld die Woche, weil sie eine kleine Rente bezieht. Jetzt soll sie, da sie in der Fabrik nicht mehr arbeiten kann, aufs Land oder in eine Gärtnerei (!!) vermittelt werden. Die Arbeiterinnen über 50 Jahre sind zu alt für die Kapitalisten und zu jung, daß sie Altersrente bekommen. Sie sollen also verhungern. Wir werden aber eine Verarmung machen und gegen die Mißstände ankämpfen.“ Die RGO muß uns dabei helfen.

Ein Arbeiter sagt, es wäre gut, wenn die Maschinenführer hier wären, sie könnten leben, darauf es ankommt in den Betrieben. Aber es gibt einzelne Kollegen unter den Maschinenführern, die ganz offen im Dienst der Unternehmer leben, wie Reichensbach, der SPD-Betriebsrat bei Lande. Der sagt den Arbeiterinnen: „Wenn es euch nicht paßt, könnt ihr ja gehen.“ Gegen solche Unternehmertricks muß von den RGO-Gruppen der Kampf geführt werden.

Diese Verarmung der Zigarettenarbeiterinnen zeigt, daß die RGO große Massen von Frauen gewinnen kann. Die Entschließung der Arbeiterinnen lautet:

Entschließung:

„Die am 18. April in den Kassenkassen versammelten Zigarettenarbeiterinnen und -arbeiter nehmen mit Entrüstung davon Kenntnis, daß die Großkapitalisten durch ihre Regierung Erhöhung und deren lächerliche Fiktion die Arbeitermassen mit Hilfe der Diktaturverordnung auf das schändlichste ausbeutern. Besonders auch wir in der Zigarettenindustrie sind durch Nationalisierung, Lohnabbau, Entlassungen, Kurzarbeit und illegale rechtliche Streikung der Tabaksteuerunterstützung gezwungen, ein Hungerdasein zu führen, während die Ausbeuter aus unserem Gleich Reich profitieren können.“

Diese schändlichen Unternehmerrickschüsse auf die Existenz der Arbeiter wird unterstützt durch SPD- und Gewerkschaftsführer vom RGO, die die Arbeiterordnung und die gesamte arbeitertätige Politik der Diktaturregierung Kränkung, den Lohn, und

Auch Genosse Schwalew irrtlos entlassen
Hauptargument Dorpmüllers: Schwalews Rede im Reichstag für die Interessen der Eisenbahner

Reichstagsabgeordneter, Genosse Schwalew, Betriebsratvorsitzender im Reichsbahnverbandsbureau Oppeln, ist von der Reichsbahnverwaltung irrtlos entlassen worden, ohne daß die Zustimmung des Betriebsrates des RNTW Oppeln, sowie die Zustimmung des Bezirksbetriebsrates der Reichsbahnverwaltung Dresden, welchem der Gen. Schwalew angehört, eingeholt wurde. Die Reichsbahnverwaltung hat die Genossen Schwalew „verleumdend“ durch die Zustimmung der Betriebsräte und der Zustimmung durch das Arbeitsgericht“. Das Kündigungs schreiben umfaßt 12 eng geschriebene Schriftmaschinenschriften. In diesem wird dem Genossen Schwalew als das größte Verbrechen seine im Reichstag gegen das Dorpmüllerregime gehaltenen Rede zur Last gelegt. Er soll in dieser Rede den „geren“ Generaldirektor als einen Verleumdere kräftig beleidigt haben. Das Kündigungs schreiben enthält denselben Wortlaut über eine Besprechungsrede des Genossen Schwalew, wie er von den RGO-Bonzen in einem Kundgebungsschreiben formuliert ist. Daraus ergibt sich, daß die Rücktritts- und Dorpmüller Reden im Kampf gegen Klassenverrat funktionäre der Eisenbahner ergänzen. Die RGO-Führer sind die Hauptverursacher der Reichsbahnverwaltung. Das ist der schlimmste Feind, den die Reichsbahnverwaltung in Verbindung mit der Reichsbahnverwaltung durchführt.“

Schwalew, Haupt gegen diesen Kump! Geh! Dorpmüller die richtige Antwort, indem sie die RGO verläßt. Erklärt den Starbuden der RGO! Die ganze Kraft muß für den Sieg der RGO bei der Betriebsratswahlen am 2. und 18. Mai eingesetzt werden.

Gehaltsraub und Unterstützungsraub unterstützen. Sie sind in Wirklichkeit die Aniche der Kapitalisten und ausgemachte Arbeiterfeinde ebenso wie Filiers schändliche Verbände des Finanzkapitals. Aufgabe der gesamten Arbeiterchaft ist es deshalb, den härtesten Kampf gegen diese verrotten Bonzen zu führen.

Wir begrüßen den Vorstoß der kommunistischen Fraktion im Landtag gegen den Unterstützungsraub und fordern die gesamte Arbeiterchaft auf, unter Führung der RGO den Kampf gegen Lohn-, Gehalts- und Unterstützungsraub, gegen das kapitalistische System, das Millionen dem Hunger ausliefert, aufzuwärmen. Der Verlust der Unterstützung, die Sündigen gegen die Arbeiterinnen und Arbeiterinnen auszuspielen, muß durchgesetzt werden, um die einheitliche Kampffront gegen die Kapitalisten zu schmelzen. Wir fordern alle Kolleginnen und Kollegen auf, mitzuwirken unter Führung der RGO die einheitliche Kampffront aller Organisierten und Un-

SPD-Betriebsrat hilft zur

Kurzarbeit und Lohnraub bei H & B

Arbeiterinnen und Arbeiter von Hartwig & Vogel, so vertreten euch eure Betriebsräte!

In der Schokoladenfabrik von Hartwig & Vogel wurde über die Köpfe der Belegschaft hinweg, nur mit Zustimmung der sozialdemokratischen Betriebsräte, die 40-Stunden-Woche eingeführt, zugleich ein Lohnabbau von 3 Pfennig vorgenommen. Bei den Hilfsarbeitern beträgt der Lohnraub einen entsprechenden Prozentsatz.

Wir wollen hier nur einen Namen nennen, der sich im Betrieb besonders heroisch, um vor allen die Arbeiterinnen für

Betriebsräte und Funktionäre Dresdens!

Morgen Mittwoch alles in die Betriebsrätevollversammlung der RGO im Keglerheim

SPD-Bührers neuer Steuer- und Unterstützungsraub

ist eine Herausforderung an die Dresdner Arbeiter / Antwortet mit Organisierung der

Abwehrfront in den Betrieben!

Kampf dem Millionerraub

Losung aller Dresdner Arbeiter und Angestellten:

„Es ist dies das sozialdemokratische Betriebsratsmitglied Kunde. Er gerabe ist es gemein, der vor allen bei den Arbeiterinnen verurteilt hat, Einfluß zu gewinnen und den Arbeiterinnen die SPD-Führer aufs wärmste empfahl.“

Arbeiterinnen und Arbeiter, hier zeigt sich das wahre Gesicht der reformistischen Betriebsräte. Sie sind gar nicht gewillt, eure

Bonzen wüten gegen RGO!

Massenaus schlüsse im Buchdrucker-Verband

Die letzte erschienene Nummer des Graphischen Bld's enthält folgende Zusammenfassung.

Im Berliner Fraktionsorgan der SPD, das der graphischen Arbeiterchaft Berlins kostenlos geliefert wird, verläßt jetzt die Zeitung der SPD-Fraktion die Erfolge der von ihr betriebenen Spaltungspolitik zu verfeinern. Sie berichtet wider besseres Wissen folgendes: Daß aus dem Buchdruckerverband in Berlin 65, im Reich 40 Mitglieder; Buchbinderverband in Berlin 8, im Reich 20; Steinbrückerverband in Berlin 2, im Reich 8 Mitglieder wegen Kandidatur auf sogenannten roten (kommunistischen) Betriebsratsstellen, wegen Referententätigkeit für die RGO; Betriebsratsmitgliedern und unkollegialen Verhalten ausgeschlossen wurden.

Insgesamt wüten also nach den Angaben der SPD-Clique 190 hassenbehaftete graphische Arbeiter zu Unrecht diktatorisch von der Gewerkschaftsbürokratie aus der Organisation gemorren worden. In Wirklichkeit haben die SPD-Spalter außerdem das bestische an Mitgliedern aus den graphischen Verbänden ausgeschlossen nach ausgangener einwandfreier Redungen, die aber noch nicht den Antrag auf Vollständigkeit haben können, da die Verbandsbürokratie ja sich nicht neue Ausschüsse herbeiführen muß aus dem

Buchdruckerverband in Berlin 124 im Reich 124 Mitglieder
Buchbinderverband in Berlin 21 im Reich 18 Mitglieder
Steinbrückerverband in Berlin 113 im Reich 25 Mitglieder
Steinbrückerverband in Berlin 2 im Reich 18 Mitglieder

ausgeschlossen worden. Das sind insgesamt 429 ausgemachte Ausschüsse. Es sind bestimmt mehr als 100 Kollegen und Kolleginnen heute schon ausgeschlossen.

Es sei noch erinnert an die Massenaus schlüsse, die in Leipzig in den vergangenen Monaten vorgenommen wurden. Nicht nur

organisierten gegen den mörderischen Kapitalismus herzugehen, nicht durch den Kampf des einzelnen, nicht durch juristische Einschaltung der Behörden, sondern durch den Kampf an der Spitze der ganzen Klasse können wir uns vor dem Verhungern retten.

Wir fordern:
Unterstützung für alle Erwerbslosen und Ausliefen. Wir protestieren gegen die Diktaturverordnung. Fort mit den Kapitalistenregierungen Brüning und Brüning. Nicht mit dem Faschismus und den verräterischen SPD- und Gewerkschaftsböngern. Wir marschieren im Kampf mit der RGO unter dem Banner des Klassenkampfes. Am 1. Mai werden wir mit der RGO und der SPD demonstrieren und durch Massenaufrufe beweisen, daß wir erkennen:

Jetzt ist es genug mit dem Hunger! Streik gegen Lohnraub! Solidarität mit den streikenden Bauarbeitern! Für die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich! Kampf gegen das Hungerregime, in einheitlicher Klassenfront ringen wir die Arbeiterfeinde nieder, kämpfen wir für Arbeit, Brot und Freiheit.

Diese Resolution ist in allen Tabak-, Zigaretten- und Zigarettenbetrieben richtunggebend zur Mobilisierung der Belegschaften.

Interessen zu vertreten. Der ungeheure Profit der Unternehmer interessiert sie mehr als die Löhne der Arbeiter. Das ist das demagogische Spiel dieser „linken“ Sozialdemokraten. Im gleichen Moment, wo die Gewerkschaften die Arbeiter und Arbeiterinnen zu den Betriebsratswahlen aufrufen, wo sie ihnen etwas vom Kampf gegen Lohnraub vormachen, im gleichen Moment sitzen sie mit dem Unternehmer zusammen, um ihnen die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich vorzuschlagen. Ja, sogar wie wir hier leben, nach einem Lohnabbau vornehmen. Sogar kommt noch die verstärkte Nationalisierung und das Dekret, was in dem Betrieb eingeschlagen wird. Eure Aufgabe wird es jetzt sein, Rechenhaft von diesen reformistischen Betriebsräten zu verlangen.

Es kann für euch nur eine Möglichkeit geben, aus dieser Stellungnahme der reformistischen Betriebsräte die Lehre zu ziehen, daß es für euch nur eine Konsequenz geben kann, und zwar Eintritt in der RGO. Nur die RGO vertritt die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter in den Betrieben.

Sie allein führt den härtesten Kampf gegen den ungeheuren Lohnraub der Unternehmer. Sie verlangt die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Für die Arbeiterinnen gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Sie allein führt den Kampf für Arbeit, Brot und Freiheit.

Betriebsrat droht Arbeiterin

Soll mit 5 Mark Lohn nach Hause geschickt werden, weil RGO beigetreten.

Eine Arbeiterin bei Guthe & Thurel, Kamerawerk in Strießen, wurde vom Kassierer des DNB beim brandenburgischen Betriebsrat denunziert, daß sie Mitglied der RGO sei. Daraufhin brachte dieser farnose Brandlerit... daß er gegen sie vorgehen werde und bei der nächsten Arbeitszeitverurteilung sie mit 5 Mark Lohn nach Hause geschickt werde. Bessere Mittel können sich die Bonzen nicht wünschen, die mit Anpöppelungen auf den Klagen der Arbeiterinnen sie vom Eintritt in die RGO abhalten wollen. Die Arbeiterinnen werden diesen Reformisten antworten mit Massenwerbung für die RGO.

die Kandidaten der roten Einzellisten zu den Betriebsratswahlen (Hagen, sondern auch die Kandidaten zu den Ortsverwaltungsbau. Gauvorstandswahlen wurden ausgeschlossen. Die immer so stolz zur Schau getragene Demokratie wurde von den Heißelböden und Säuren, den Benzinöl und Petrolöl bräut mit Füßen getreten.

Aber es geht auch hier wie überall, mit Ausnahmegelegen kann jeder Einzel registern und so hat sich denn auch die Bürokratie der graphischen Verbände gründlich verhalten.

Der RGO ist eine erster Einbruch in die reformistische Frontstangen. Die vierjährigen Betriebsratswahlen brachten erstmalig in verschiedenen Betrieben Erfolge der roten Einzellisten. Wenn nicht noch mehr rote Wägen in Erscheinung treten, so deshalb, weil ein gewisser Teil RGO- und SPD-Mitglieder in der graphischen Industrie nach am Gewerkschaftslegalismus trankt, noch mit Formungen behaftet herumtollt als alte Traditionen Eitelischer „Gewerkschaftspolitik“.

Jahres der RGO - Industriegruppe Holz-Dresden
Dresden und Weh. Jeden Freitag von 16 bis 10 Uhr im Büro der RGO, Rosenstraße 100, die Kassen für den Tag abrechnen und Material lassen.

Nichtverköllt: Jeden Mittwoch von 16 bis 19 Uhr im Kellerhaus zur Wartburg.

Für die Wägen ist ein Lohnausgleichsdruck gestellt, der 18 Prozent Lohnkürzung enthält.

Verantwortlich für Redaktionen: Otto Schulz, Dresden; für Politik mit Ausnahme der Klassenpolitik, Dresden; Gewerkschaft, Basel; Kasse und Arbeitsrat, Kassel; Kasse, Dresden; für Ausland Karl Orlikow, Berlin; für Arbeiter und Arbeiterin: Otto Schulz, Berlin; für Sekretariat: Wilhelm Schaefer, Dresden; für Druck und Verlag: Dresden; Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Görschlagstraße 2.

C2

Ostachsen

Verkehrsunfälle — und ihre Ursachen

(Arbeiterkorrespondenz Nr. 840)

Kamenj. Am Sonnabend dem 11. April ereignete sich auf der Bauhner Straße, gegenüber dem „Eichen“ ein schwerer Verkehrsunfall. Ein dieser unübersehbaren Ede stieg ein Motorradfahrer mit einem Auto zusammen. Während der auf dem Sozius sitzende Postinspektor Kubland mit dem Schreden davonkam, erlitt der Fahrer einen Knochenbruch und eine tiefe Wunde in der Wade. Wir würden davon nicht so viel Aufhebens machen, wenn nicht verschiedene Mithände blühartig beleuchtet würden. Trotz des außerordentlichen starken Verkehrs auf der Bauhner Straße, hielt es unsere so hart beschäftigte Polizei nicht für notwendig, an diese unübersehbaren Ede einen Verkehrsposten hinzuweisen. Erst nachdem eine gute Viertelstunde verging, erschien diese auf dem Platze in Gestalt des Schuhmanns Keim, der sich als starker Mann fühlte und einem Zuschauer einen Stoß vor die Brust verleihte und ihm auch Ohrfeigen anbot, wenn er nicht bald seiner Wege ginge. Dabei schrien noch unsere Spießer, die Kamenjer Polizei sei human. Wo deren Humanität liegt, ist ein großes Rätsel. Die Kamenjer Arbeiterkorrespondenz hat davon noch nichts gehört.

Mitteilungen der U. Abt. Kasse

Die Bezirkskasse ist von jetzt ab für den Verkehr mit den Genossen, die persönlich abrechnen wollen, an folgenden Tagen geöffnet:

Dienstag von 16—19 Uhr
Freitag von 16—19 Uhr

Zu jeder anderen Zeit ist die Bezirkskasse für den öffentlichen Verkehr geschlossen. Eine solche Strafe-Regelung ist unbedingt erforderlich, wenn die immer härter anwachsende Arbeit treibungslos bewältigt werden soll. Wir erlauben alle Genossen, sich streng an diese Stunden zu halten, da sie sonst gewagt sein müssen, daß sie ihre Angelegenheit nicht erledigen können. Die Ortsgruppenleiter sollen überhaupt nach Möglichkeit per Post an uns abrechnen. Nur in Ausnahmefällen soll die Abrechnung persönlich getätigt werden.

Kommunistische Gemeindevertreter!

Am Sonnabend, dem 25. April findet anlässlich der Mieter- und Gemeindearbeitertagung in Chemnitz eine Wahlversammlung aller kommunistischen Gemeindevertreter statt. Anfang 16 Uhr.

Tagesordnung: „Kampf gegen Sozialreaktion“

Ref.: Gen. Neuhof, Dresden, Gauleiter des U.B.

Alle größeren sachlichen Fraktionen sowie die Kompost-Abteilungen der Unterbezirke müssen auf dieser Konferenz vertreten sein. Meldet sofort die Delegierten an die U.B.-Vertretung Chemnitz. Adresse: Kurt Sandermann, M. d. L., Chemnitz, Schützenstraße 25. A.P.D., Bez. Sachsen, Abt. Kompost

Zittauer Morgenzeitung für Zwangsarbeit

(Arbeiterkorrespondenz Nr. 830)

Rüdenhof. In Rüdenhof besteht ein Ortsgesetz, nach dem die Erwerbslosen und Ausgeleiteten gezwungen sind, ohne Bezahlung in den Gemeindefriedhöfen den Schnee zu beseitigen, sobald sie von der Ortsbehörde angefordert werden. Selbstverständlich hatten die Erwerbslosen beim Bezirksausschuß schriftlich die Forderung eingereicht, daß durch Aufhebung dieses Ortsgesetzes die Zwangsarbeit abgeschafft wird. Der Bezirksausschuß lehnte strikte die berechtigte Forderung der Erwerbslosen ab, mit der Begründung, daß die Gemeinde Rüdenhof aus ihren beschränkten Mitteln das Schneeräumen nicht bezahlen könne, so gut aber wie die Feuerlöschhilfe geleistet wird, ohne dafür etwas zu bezahlen, kann auch die Hilfe zum Schneeräumen ohne Bezahlung verlangt werden, die Straßen müßten frei gehalten werden.

Um die Bevölkerung davon zu informieren, wie man in Rüdenhof mit den Erwerbslosen Schindluder treibt, sandten die Erwerbslosen an die Zittauer Morgenzeitung einen rein sachlichen Bericht, in dem sie sich gegen die Aufrechterhaltung der

Zwangsarbeit und gegen die dumme Gleichgültigkeit der Zwangsarbeiter mit dem freiwilligen Feuerlöschdienst wandten. Die Zittauer Morgenpost laborierte natürlich dem Bericht, und sie enthielt sich damit als das, was sie schon immer ist, als das Blatt der Feinde der Erwerbslosen, wie der Wertvollen überhaupt.

Erwerbslose, Wertvolle von Rüdenhof! Wecht die Zittauer Morgenzeitung aus eurer Wohnung. Sie ist gegen eure Lebensinteressen und für die Durchführung der schlimmsten Ausbeutung, für Aufrechterhaltung und Verschärfung der Zwangsarbeit zum Schutze des kapitalistischen Ausbeuterparasiten, im Interesse der Aufrechterhaltung der verfaulenden bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Eure Zeitung ist die „Arbeiterstimme“ und „Der arme Teufel“, abonniert sie heute noch. Nur sie allein vertritt trotz Polizeiverbot und trotz Verbot rückwärtslos eure Interessen. Schlicht die revolutionäre Einzelkämpfer! Arbeit und Brot für die Erwerbslosen! Hinweg mit der bankrotten kapitalistischen Wirtschaft! Her mit dem Sozialismus!

Stadtrat nimmt Erwerbslosen das letzte Geld!

Verammlung der Wohlfahrts-Erwerbslosen

Röbau. In der letzten Erwerbslosenversammlung wurde zunächst Bericht gegeben. Durch Verhandlungen des Erwerbslosenrates mit der Stadt ist ermöglicht, daß Stadtholz zum Selbstausroben an die Wohlfahrts-Erwerbslosen zur Verteilung gelangt. Weiter wurde bekannt gegeben, daß sich die hiesigen Kohlenhändler bereit erklärt, an die Erwerbslosen gegen Vorweisung des Ausweises pro Woche einen Zentner Kohlen zum Einkaufspreis (?) abzugeben. Es bedeutet dies eine Verbilligung von 15 Pfennig pro Zentner.

Der 2. Punkt: Ortsausschußbericht, brachte zunächst einen Vortrag über die Lage der Krankenkassen. Der betreffende Redner vom Ortsausschuß meinte, daß er im allgemeinen nicht auf die durch die Rotverordnung für die Krankenkassen gebrachten Verschlechterungen eingehen wolle, sondern nur die Lage der Ortskrankenkassen am Orte betrachten wolle, und da sie festzustellen, daß die Rotverordnungen der Ortskrankenkasse keine nennenswerten Schwierigkeiten gebracht haben. Genosse Weigner zeigte in der Aussprache auf, daß es für einen sozialdemokratischen Redner eben schwer fallen müßte, über sozialpolitische Themen einen Vortrag zu halten, da ja gerade die Freunde des Vortragenden diese Rotverordnungen mit Begeisterung und mit Eingebung haben. Weiter habe sich der Ortsausschuß mit der Ratifizierung befaßt. Es wurde im Prinzip beschlossen, eine wichtige Demonstration zu veranstalten. Genosse Weigner legte den Standpunkt der revolutionären Arbeiterfront dar und betonte, daß die Arbeiter revolutionäre Arbeiterfront wiederum zum 1. Mai ihre eigene Kundgebung abhalten werde und viele durch eine Demonstration einleiten werde. Nach einem Votum des Genossen Weigner natürlich großes Lamento der SP über Spaltung der Arbeiterfront usw. Gen. Weigner blieb aber diesen Dingen die Antwort nicht schuldig.

Im dritten Punkt kam zur Aussprache, daß sich von den Wohlfahrts-Erwerbslosen niemand freiwillig in der Krankenkasse ver-

sitzen sollte. Es sei Aufgabe der Stadt, für Kranke, Kranke, Krüppel und Apathische zu sorgen. Bei dieser Gelegenheit wurde festgestellt, daß die Stadt Röbau 253 Wohlfahrts-Erwerbslose zählt, daß aber in dem Ort nur Mittel für etwa 100 Wohlfahrts-Erwerbslose eingestellt sind.

Öffentliche Versammlung

Mittwoch, den 22. April im Orpheum, Kamenjerstraße 19.30 Uhr. Es spricht Stadtverordneter Maxin Schneider. Wertvolle, bildet die Arbeiterfront! Einzug in Massen! Eintritt 10 und 20 Pf.

22. April 19.30 Uhr Versammlung im Bürgergarten. Thema: „Das Rein der Reun“. Referent: Schrapel. Stellen zur Nordmontation mit Schalmantapelle 18 Uhr Dorfplatz.

24. April 19.30 Uhr Versammlung Goltz Hof Wölfnitz. Thema: „Panzerkreuzer Sozialismus oder proletarischer Klassenkampf“. Referent: Schneider, Stadtverordneter. Stellen zur Demonstration mit Musikkapellen: Alle Abteilungen vom Kampfbund Groß-Dresden müßten 18.30 Uhr am Freiburger Platz sein.

Stellplätze: Friedrichstraße 6 Uhr Hohenthalplatz Zentrum und Kampfbund Groß-Dresden: 19.30 Uhr Freiburger Platz, Röbau 18.15 Uhr Eberplatz Cotta 18 Uhr Watzdorf Platz. Alle Jäger müßten um 7 Uhr am Eberplatz eingetroffen sein zum Abmarsch nach Röbau Goltz Hof Wölfnitz. UBB-Dresden.

Beim Baumfällen verunglückt.

Taubentzheim. Ein tödlicher Unfall ereignete sich beim Fällen einer hohen Linde an der Straße des Hohen Rittersgutes. Durch den starken Sturm wurde ein geladener Stamm um und begrub den 33-jährigen Arbeiter Paul Häußler, hier, unter seinen Seiten. Der Unglückliche trug schwere innere Verletzungen davon, denen er noch am Dienstagabend im Bezirkskrankenhaus Ebersbach erlag. Er hinterläßt seine Frau mit zwei kleineren Kindern.

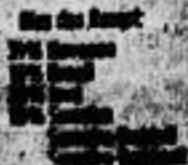
Millionen

Indianer

und doch nicht genug!

Ein stürmisches Verlangen der Raucher nach unseren einzig dastehenden Zigarren geht durch Sachsen. Dieser Siegeszug überragender Güte und Preiswürdigkeit ist unauthentisch. So begeisterte Nachfrage entspringt der Zufriedenheit der Kenner. Diese wird bleiben, weil die Qualität bleibt. Unveränderlich wie der Stahl unserer Maschinen ist unsere Qualitätstreue. Nachfrage begeisterter Käufer schafft Warenknappheit. Daher sind die Indianer rar. Doch Tausende von Menschenhänden bedienen die Maschinen in unseren Werken und weitere 1000 Arbeiter beginnen in Kürze. Bald ist der vorübergehende Mangel an Ware behoben. Dann finden die Raucher nach Belieben ihre Lieblinge, die prachtvollen

158 KREUTTER SIOUX-INDIANER
Zigarre • Auserwählte Übersee-Tabake



Bronze ermöglicht 35 Prozent Lohnabbau

Arbeiterkampf soll durch Verbandssekretär Uhlig verhindert werden / RSD ruft zum Streik

Die Firma Alexander Gluck, Buzhardtshof, kündigte einen Lohnabbau von 30-35 Prozent an. Von der Belegschaft wurde derlei einstimmig abgelehnt. Der reformistische Betriebsrat lehnte die Verantwortung ab und übergab die Angelegenheit der Gewerkschaft. In der Belegschaftsversammlung waren die ersten Maßnahmen des Gewerkschaftssekretärs Uhlig, der die Belegschaft vor einem Streik zu warnen suchte. Er führte aus: Mit der Firma habe es andauernd sehr schlecht. Es könnte vorkommen, wenn die Belegschaft streike und den Streik gewinnen würde, die Firma ihren Betrieb schließen zu müssen. Wenn sie trotzdem streiken wollte, könne er nicht dagegen sein.

Die Gewerkschaft lehnte jedoch die Verantwortung ab, die müsste jeder einzelne selbst tragen.

Diesem direkten Verrat gegenüber vertreteten die RSD-Kollegen den Standpunkt, daß der einzige richtige Weg, diesen Lohnabbau

abzuwehren, nur der sofortige Streik sein kann. Es wurde von ihnen eine Abstimmung verlangt, welche Uhlig mit den Worten ablehnte: Die RSD-Kollegen können ruhig sofort streiken, für meine Mitglieder kommt nur eine tätige Kündigung in Frage. Uhlig ließ sich die Mehrheit der Belegschaft von Uhlig einleiten und lehnte sofortigen Streik ab. Der Streik mit Kündigung des Arbeitsverhältnisses wurde mit 26 gegen 11 Stimmen beschlossen. Auf Grund dieser Methoden Uhligs gelang es dem Unternehmer, die Bewegung nach zu ziehen, indem er jeden einzelnen in das Kontor kommen lassen wollte, um die Unterschrift zur Kündigung zu verlangen. Auch hier ließ Uhlig die Belegschaft schamlos im Stich. Dem Betriebsrat, welcher bei ihm vorstellig wurde, erklärte er: „Ja, da kann ich nichts machen, Ihr müßt aber wissen was Ihr zu tun habt.“

Luft-Notverordnung in Freiberg

(Arbeiterkorrespondenz 858)

Der Bürgermeister Dr. Geube, der am Ratsplatz aufgestellten Verbotstafel wollen Sie den Erwerbslosen die Möglichkeit rauben sich in den betreffenden Teilen der städtischen Anlagen aufzuhalten. Es mag sein, daß Sie aus Erwerbslose nicht für würdig ansehen, frische Luft zu schnappen und uns von der Sonne scheitern zu lassen. Am wenigsten aber wollen wir diese Möglichkeit mit 14 Tagen Gefängnis erkaufen oder mit 150 Mark Strafe bestrafen. Wir empfehlen Ihnen deshalb diese Verfügung wieder zurückzuziehen, da wir sonst schließlich auf den Obermarkt überwiegen würden, um uns von der Sonne scheitern zu lassen. Allerdings rechnen wir damit, daß Sie dann den Polizeibeamten, besonders dem Oberwachmeister Rudolph anweisen, uns als Men-

schen zu behandeln. Dieser Herr scheint zu glauben, daß er sich Erwerbslosen gegenüber alles erlauben kann. Nachdem er erst kurz vorher einen verhafteten Erwerbslosen im Hinterzimmer der Polizeiwache mit dem Gummiknüppel geschlagen, hat er dieselbe Behandlung dem am 7. April verhafteten Arbeiter K. angedroht. Infolge des energischen Auftretens des K. aber von seinem Vorhaben abgesehen.

Jedenfalls ist aus der Wiederholung dieser Vorgänge zu schließen, daß bei Herrn Rudolph dieses schon System geworden ist. Die Arbeiterkassen sind sich diese Fälle merken. Erwerbslose und Betriebsarbeiter! Reicht euch ein in die rote Klassenfront unter Führung der RPD und abonniert die Arbeiterstimme.

Eine Abfuhr der Nazis in Brodowik

SPD-Bonzen gehen zur braunen Nordsee / Die Arbeiter aber zur roten Front

Am Montag, dem 13. April hielten die Nazis hier eine Versammlung ab, in der als Referent der Spargelplantagenbesitzer Herr von Weinböck sprach. Die SA war in einer Stärke von 120 Mann anwesend. Nach den üblichen demagogischen Phrasen des Nationalreferenten, rechnete in der Diskussion ein kommunistischer Arbeiter mit der arbeitseindlichen Politik der Nazis ab. Der Referent folgte dem mit dem Befehl, daß die anwesenden Arbeiter die Ausführungen unseres Genossen begriffen haben und zur SPD gehen. Im weiteren Verlauf der Versammlung gab der jetzt SPD-Führer Karl Küttner, seinen Eintritt in die RPD bekannt. Nach Schluß der Versammlung propagierten die Nazis außerhalb des Saales, erhielten aber von den empörten Arbeitern eine trübselige Abfuhr. Als die Nazis sahen, daß sie auf die Antwort der SPD- und RPD-Arbeiter stießen, ergreifend die Flucht. Der Gendarmerteil ergriffen sie, doch einige ihrer Leute von Kommunisten vertrieben worden seien. Nun möchten die Gendarmen zusammen mit den Nazis in den Arbeiterkolonien hier auf die Suche nach den angeblich vertriebenen Nazis. Nach langem Suchen land man sie endlich — zu Hause in ihren Betten. Reichsbanner- und RPD-Arbeiter, bildet gemeinsam mit proletarischen und kommunistischen Arbeitern die rote Einheitsfront gegen Hunger und Tod.

die Verläufe einiger Künstler, mit ihren Arbeiten nicht nur der Kunst an sich dienen zu wollen, sondern darüber hinaus bewußt den Charakter der Kritik an Bestehendem hineinzulegen. Hier fallen heraustragend die graphischen Arbeiten Berganders auf, die an Macht und Geschlossenheit alles andere überragen. Auf den ersten Blick sieht man: er wird von einer Idee geleitet! Der Spieler wird verständnislos vorübergehen oder seiner Ablehnung Ausdruck verleihen. Jedenfalls wird er eine realistische Darstellung der Auseinandersetzung einer Maidemonstration durch die deutsche Polizeifolterkammer nicht als Kunst anerkennen. Doch diese Kunst ist nicht für Gelehrte, sie ist für heute und morgen. Die es angeht werden sie verstehen. Und das ist die Arbeiterkassen. Durch Berganders Arbeiten zieht sich aber der Gang zum Schmerzmühen wo er diese Eigenart — vielleicht unbewußt — durchdringt, wird er besser. Dort wird auch seine Entwicklung liegen. Ebenfalls vom dem Willen befeuert, seiner Kunst höchstenmöglichen Ausdruck zu verleihen, sind die Arbeiten Köhlers zu nennen. Eine seiner hervorragendsten ist wohl die Darstellung einer Fabriklandschaft. Mit größerem, zum Teil sehr wertvollen Gemälden sind vertreten: Jant, Schiller, Schmidt u. Gabel. Während Jants Arbeiten technisch sehr gut durchgearbeitet sind, scheitert er bei den Verläufen „Lendenbild“ zu werden. In Schillers Bildern liegt schon wieder tieferer Sinn, wenn dieser auch vom Standpunkte der Arbeiterkassen aus abgelehnt werden muß. Er scheint noch außerordentlich entwicklungsfähig zu sein. Derzeitige sind noch

Ausstellung junger Künstler im Meißner Kunstverein

In den Räumen des Meißner Kunstvereins im Burglehn findet gegenwärtig eine Gemäldeausstellung junger Meißner Künstler statt. Man ist bei der Besichtigung angenehm enttäuscht, wenn man bedenkt, daß die Aussteller ihre Studien noch nicht beendet haben. Erreutes Wollen ist verisphar. Sehr erfreulich sind

Die Aufgabe jedes Parteimitgliedes ist: unerfüllliche Werbung für die Arbeiterstimme!

Strebens Werten, sonst keine sehr ausdrucksvollen graphischen Arbeiten. Am ganzen gehen haben wir es hier mit einer hervorragenden begabten jungen Künstlerin zu tun, der die Wege zur weiteren Entwicklung noch offen stehen. Das kapitalistische System wird aber auch auf dem Gebiete der Kunst die schöpferischen Fähigkeiten niemals zur vollen Entfaltung kommen lassen. Erst der Sturz des Kapitalismus wird einer wahren, freien, nicht am Scheitern gezwungenen Kunst die Wege ebnen.

Die Furcht der Nazis vor den Arbeitern

(Arbeiterkorrespondenz 859)

Am 15. April land in der Constantia ein „großer“ Verfallung der Nazis statt, die durch großen Geldeuswand und bemerkenswerte Flugblattpropaganda vorbereitet war. Aber die Nazis, die den großen Saal amiesit hatten, sahen sich in den kleinen Saal zurück; denn es waren nur 155 Versammlungsteilnehmer erschienen, davon noch der größte Teil Andersdenkende. Der Referent erzählte den Anwesenden, daß sie die erste Partei wären, die ihre braunen Kolonnen „ohne Volkseid“ auf die Straße schickten zum Schutze des Eigentums und des „Allgemeinwohls“. Dann behauptete er noch, daß seine Partei die einzige sei, die die Versammlung nicht anerkennt. Als ein Arbeiter in der Diskussion diesen demagogischen Phrasen entgegenzusetzen wollte, meinte er, daß die RPD nicht an der Aussprache teilnehmen dürfe. Darauf verlangten diese Arbeiter daß ein Kommunist sprechen sollte und verließen, als die Nazis es ablehnten, den Saal. Die Polizei war ihnen das flüchtige Häufchen Nazis unter sich und bewiesene damit, daß sie auf die Demagogie der Nazis nicht reinfallen.

Roter Vorstoß im schwarzen Winkel

Arbeiter-Rad- u. Kraftfahrer-Bund Solidarität, 3. Bezirk Genuis (Arbeiterkorrespondenz 797)

Von dem Gedanken geleitet, einmal in die schwarze Ecke der Stadt vorzudringen, veranstaltete der 3. Bezirk am Sonnabend dem 28. und Sonntag dem 29. März eine Jugendfahrt nach der Jugendherberge Halbenborn bei Ritz. Trotz des unruhigen Wetters trafen sich am Sonnabend um 17 Uhr in Gruppen 50 junge Kraftfahrer und Radler, um in gemeinsamer Fahrt nach Halbenborn zu fahren. Nach Eintritt der Dunkelheit war das Ziel erreicht. Dann wurden die Räder und das Gepäck verladen. Ein gut gelungener Heimabend wird allen in Erinnerung bleiben. Dieser wurde von einigen Jugendgruppen mit Musik und Gesang umrahmt. Hierbei war zu sehen, daß unser Bezirk innerhalb der Jugendbewegung einen großen Schritt vorwärts gekommen ist. Gegen 23 Uhr ging alles zur Ruhe. Schon am frühen Morgen war unsere Jugend wieder auf den Beinen. Mit enttäuschten Gesichtern sah man die durch reichen Schneefall weiß gewordenen Landschaft, so daß eine angelegte Schneefahrgasse ausfallen mußte. Trotzdem vergnügte sich einige bei trockenem Spiel im freien, andere unternahmen kurze Wanderungen in die umliegenden Wälder. Gegen 10 Uhr trafen bei schönem Schneeschein abermals 50 Jugendliche ein. Nun zeigte es sich, daß man im Bezirk die Aktivität der Jugend weit unterschätzt hatte, denn die Jugendherberge erwies sich bald zu klein. Um 14.30 Uhr stellten alle Jugendlichen vor der Jugendherberge zur gemeinsamen Heimfahrt. Hierbei wurde der Jugendgruppenführer vom Bezirksjugendleiter aufgefordert, auch in Zukunft sich an allen Jugendveranstaltungen so zahlreich zu beteiligen wie an dieser Fahrt. Dann legte sich ein ständiger Zug von über 100 roten Jungadlerinnen und -radlern zur Heimfahrt in Bewegung. Haltet euch das Banner des revolutionären Klassenkampfes. Die Jungadlertruppe gehören in die Reihen der unerschrockenen Kämpfer für die Befreiung unserer Klasse.

Achtung, Eltern und Erzieher!

In diesen Tagen finden die amtlichen Schulversammlungen an jeder Schule statt, in denen zu den Elternratsmitgliedern, Bildung des Wahlvorstandes und Bericht der Elternratsmitglieder angenommen wird. Angesichts des verfallenen Schulalltags, Abbau der Kinderbetreuung und Abbau der Lernmittellieferung müssen alle proletarischen Eltern die Schulversammlungen besuchen und diese benutzen zur Agitation für die Rote Proletarischer Schulkampf.

Dresdner Volkshöhe. Für die Hygiene-Ausstellung können die Mitglieder der Volkshöhe Dauerkarten zu bedeutend verminderten Preisen erhalten. Einzelanmeldungen werden in der Geschäftsstelle, Schloßstraße 34/36, täglich von 11 bis 15 Uhr entgegengenommen. Lichtbild erforderlich.

Dresdner Volkshöhe. Für die Aufführung „Das Lied von der Glocke“ durch die Volkshöheensemble am Mittwoch dem 24. April 20 Uhr im Gomborhaus erhalten die Mitglieder in der Geschäftsstelle Eintrittskarten für 1,50 Mark.

Gegen den Steuer- und Unterstützungsraub der Böhmer, Kötz und Edell Für das Kampfprogramm der Werktätigen!

Massenkundgebungen

der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion am Dienstag, dem 21. April, 20 Uhr, im Kristallpalast, Schäferstraße und im Ballhaus, Dresden-Neustadt, Bautzner Straße

Mittwoch, den 22. April, 20 Uhr, im Orpheum, Dresden-Neustadt, Kamenzer Straße

Heraus zum Massenprotest!

Ab heute Dienstag:

Lon Chaney

der kürzlich verstorbene bisher unerreichte Meister der Maske in einer seiner besten u. spannendsten Filmschöpfungen

Das eiserne Netz

(Lokomotive 2329)

Ein sensationelles Abenteuer / Erstausführung

M-S Lichtspiele

Moritzstraße 10

Sauerkraut

Pfund 12,-

Abgabe nur an Mitglieder Konsumverein

VORWARTS

KVD

Rundfunk

Dresden, den 21. April

10.00: Wetterbericht und Verkehrswetter. 10.10: Das die Zeitung bringt. 10.30: Kavalieren in der gemütlichen Zeit. 11.00: Wetterbericht und Wetterdienstleistungen. 11.15: Nachrichten. 11.30: Nachrichten. 11.45: Nachrichten. 12.00: Nachrichten. 12.15: Nachrichten. 12.30: Nachrichten. 12.45: Nachrichten. 13.00: Nachrichten. 13.15: Nachrichten. 13.30: Nachrichten. 13.45: Nachrichten. 14.00: Nachrichten. 14.15: Nachrichten. 14.30: Nachrichten. 14.45: Nachrichten. 15.00: Nachrichten. 15.15: Nachrichten. 15.30: Nachrichten. 15.45: Nachrichten. 16.00: Nachrichten. 16.15: Nachrichten. 16.30: Nachrichten. 16.45: Nachrichten. 17.00: Nachrichten. 17.15: Nachrichten. 17.30: Nachrichten. 17.45: Nachrichten. 18.00: Nachrichten. 18.15: Nachrichten. 18.30: Nachrichten. 18.45: Nachrichten. 19.00: Nachrichten. 19.15: Nachrichten. 19.30: Nachrichten. 19.45: Nachrichten. 20.00: Nachrichten. 20.15: Nachrichten. 20.30: Nachrichten. 20.45: Nachrichten. 21.00: Nachrichten. 21.15: Nachrichten. 21.30: Nachrichten. 21.45: Nachrichten. 22.00: Nachrichten. 22.15: Nachrichten. 22.30: Nachrichten. 22.45: Nachrichten. 23.00: Nachrichten. 23.15: Nachrichten. 23.30: Nachrichten. 23.45: Nachrichten. 24.00: Nachrichten.

Rund um den Erdball

Kürtens Vater:

„Mein Sohn wurde gut katholisch erzogen“

Vater und Geschwister des Massenmörders als Zeugen

Eigener Drahtbericht

Tübingen, 20. April. In der Montagvormittagsverhandlung wurde zunächst Landgerichtsdirektor Hertel über seine Tätigkeit als Untersuchungsrichter im Kürtenprozess befragt. Er erklärte, dass er Anfangs an Kürtens Gewissenshaftigkeit glaubte, doch mußte er dann die Nichterfüllung seiner Angaben feststellen.

Verteidiger: „Glauben Sie, daß wenn Kürten seine Angelegenheiten abgelegt hätte, er trotzdem der Täterschaft hätte überführt werden können?“

Landgerichtsrat Hertel: „Nach meiner Auffassung ja, denn schon allein die Mordbriefe genügen, um Kürten in jedem Fall der Täterschaft zu überführen.“

Verteidiger: „Sind Sie nun vollkommen überzeugt, daß Kürten für die Morde und Mordversuche in Frage kommt?“

Landgerichtsrat Hertel: „Trotzdem, wenigstens für die Fälle, die hier zur Anklage stehen.“

Verteidiger: „Wie erklären Sie sich die Widersprüche in den einzelnen Protokollen bei der Beschreibung der letzten Vorgänge, ich meine die sexuellen?“

Zeuge: „Vor den Urteilen hat Kürten völlig falsche Angaben gemacht. Aber in den monatelangen Vernehmungen ist er schließlich selbst auf den Gedanken gekommen, daß bei ihm etwas nicht stimmt. Sagte er doch zu mir einmal: Sie wissen gar nicht, wie die Unterredungen mit dem Psychiater mich anregten, über mich selbst nachzudenken.“

Oberstaatsanwalt: „Können Sie uns etwas über den Vater Kürtens sagen?“

Zeuge: „Kürtens Vater ist eine außerordentlich sympathische Gestalt von geländer Gesichtsfarbe. Er ist ein Mann, der bei Alkoholikern üblich ist und von jener Gleichgültigkeit, die man auch bei Peter Kürten wiederfindet. Er (Kürtens Vater) erklärte mir u. a., daß eine Kaffeeasse Schnaps ihm gar nichts anhaben könne. Er sei der Überzeugung, daß er seine Kinder auf diese Weise erzogen habe, besonders auch in religiöser Hinsicht.“

Verteidiger: „Wie erklären Sie sich die Widersprüche in den einzelnen Protokollen bei der Beschreibung der letzten Vorgänge, ich meine die sexuellen?“

Zeuge: „Vor den Urteilen hat Kürten völlig falsche Angaben gemacht. Aber in den monatelangen Vernehmungen ist er schließlich selbst auf den Gedanken gekommen, daß bei ihm etwas nicht stimmt. Sagte er doch zu mir einmal: Sie wissen gar nicht, wie die Unterredungen mit dem Psychiater mich anregten, über mich selbst nachzudenken.“

Oberstaatsanwalt: „Können Sie uns etwas über den Vater Kürtens sagen?“

Zeuge: „Kürtens Vater ist eine außerordentlich sympathische Gestalt von geländer Gesichtsfarbe. Er ist ein Mann, der bei Alkoholikern üblich ist und von jener Gleichgültigkeit, die man auch bei Peter Kürten wiederfindet. Er (Kürtens Vater) erklärte mir u. a., daß eine Kaffeeasse Schnaps ihm gar nichts anhaben könne. Er sei der Überzeugung, daß er seine Kinder auf diese Weise erzogen habe, besonders auch in religiöser Hinsicht.“

Verteidiger: „Wie erklären Sie sich die Widersprüche in den einzelnen Protokollen bei der Beschreibung der letzten Vorgänge, ich meine die sexuellen?“

Zeuge: „Vor den Urteilen hat Kürten völlig falsche Angaben gemacht. Aber in den monatelangen Vernehmungen ist er schließlich selbst auf den Gedanken gekommen, daß bei ihm etwas nicht stimmt. Sagte er doch zu mir einmal: Sie wissen gar nicht, wie die Unterredungen mit dem Psychiater mich anregten, über mich selbst nachzudenken.“

Oberstaatsanwalt: „Können Sie uns etwas über den Vater Kürtens sagen?“

Zeuge: „Kürtens Vater ist eine außerordentlich sympathische Gestalt von geländer Gesichtsfarbe. Er ist ein Mann, der bei Alkoholikern üblich ist und von jener Gleichgültigkeit, die man auch bei Peter Kürten wiederfindet. Er (Kürtens Vater) erklärte mir u. a., daß eine Kaffeeasse Schnaps ihm gar nichts anhaben könne. Er sei der Überzeugung, daß er seine Kinder auf diese Weise erzogen habe, besonders auch in religiöser Hinsicht.“

Verteidiger: „Wie erklären Sie sich die Widersprüche in den einzelnen Protokollen bei der Beschreibung der letzten Vorgänge, ich meine die sexuellen?“

Zeuge: „Vor den Urteilen hat Kürten völlig falsche Angaben gemacht. Aber in den monatelangen Vernehmungen ist er schließlich selbst auf den Gedanken gekommen, daß bei ihm etwas nicht stimmt. Sagte er doch zu mir einmal: Sie wissen gar nicht, wie die Unterredungen mit dem Psychiater mich anregten, über mich selbst nachzudenken.“

Oberstaatsanwalt: „Können Sie uns etwas über den Vater Kürtens sagen?“

Zeuge: „Kürtens Vater ist eine außerordentlich sympathische Gestalt von geländer Gesichtsfarbe. Er ist ein Mann, der bei Alkoholikern üblich ist und von jener Gleichgültigkeit, die man auch bei Peter Kürten wiederfindet. Er (Kürtens Vater) erklärte mir u. a., daß eine Kaffeeasse Schnaps ihm gar nichts anhaben könne. Er sei der Überzeugung, daß er seine Kinder auf diese Weise erzogen habe, besonders auch in religiöser Hinsicht.“

Verteidiger: „Wie erklären Sie sich die Widersprüche in den einzelnen Protokollen bei der Beschreibung der letzten Vorgänge, ich meine die sexuellen?“

Zeuge: „Vor den Urteilen hat Kürten völlig falsche Angaben gemacht. Aber in den monatelangen Vernehmungen ist er schließlich selbst auf den Gedanken gekommen, daß bei ihm etwas nicht stimmt. Sagte er doch zu mir einmal: Sie wissen gar nicht, wie die Unterredungen mit dem Psychiater mich anregten, über mich selbst nachzudenken.“

Oberstaatsanwalt: „Können Sie uns etwas über den Vater Kürtens sagen?“

Zeuge: „Kürtens Vater ist eine außerordentlich sympathische Gestalt von geländer Gesichtsfarbe. Er ist ein Mann, der bei Alkoholikern üblich ist und von jener Gleichgültigkeit, die man auch bei Peter Kürten wiederfindet. Er (Kürtens Vater) erklärte mir u. a., daß eine Kaffeeasse Schnaps ihm gar nichts anhaben könne. Er sei der Überzeugung, daß er seine Kinder auf diese Weise erzogen habe, besonders auch in religiöser Hinsicht.“

Verteidiger: „Wie erklären Sie sich die Widersprüche in den einzelnen Protokollen bei der Beschreibung der letzten Vorgänge, ich meine die sexuellen?“

Zeuge: „Vor den Urteilen hat Kürten völlig falsche Angaben gemacht. Aber in den monatelangen Vernehmungen ist er schließlich selbst auf den Gedanken gekommen, daß bei ihm etwas nicht stimmt. Sagte er doch zu mir einmal: Sie wissen gar nicht, wie die Unterredungen mit dem Psychiater mich anregten, über mich selbst nachzudenken.“

Oberstaatsanwalt: „Können Sie uns etwas über den Vater Kürtens sagen?“

Zeuge: „Kürtens Vater ist eine außerordentlich sympathische Gestalt von geländer Gesichtsfarbe. Er ist ein Mann, der bei Alkoholikern üblich ist und von jener Gleichgültigkeit, die man auch bei Peter Kürten wiederfindet. Er (Kürtens Vater) erklärte mir u. a., daß eine Kaffeeasse Schnaps ihm gar nichts anhaben könne. Er sei der Überzeugung, daß er seine Kinder auf diese Weise erzogen habe, besonders auch in religiöser Hinsicht.“

Verteidiger: „Wie erklären Sie sich die Widersprüche in den einzelnen Protokollen bei der Beschreibung der letzten Vorgänge, ich meine die sexuellen?“

Zeuge: „Vor den Urteilen hat Kürten völlig falsche Angaben gemacht. Aber in den monatelangen Vernehmungen ist er schließlich selbst auf den Gedanken gekommen, daß bei ihm etwas nicht stimmt. Sagte er doch zu mir einmal: Sie wissen gar nicht, wie die Unterredungen mit dem Psychiater mich anregten, über mich selbst nachzudenken.“

Oberstaatsanwalt: „Können Sie uns etwas über den Vater Kürtens sagen?“

Zeuge: „Kürtens Vater ist eine außerordentlich sympathische Gestalt von geländer Gesichtsfarbe. Er ist ein Mann, der bei Alkoholikern üblich ist und von jener Gleichgültigkeit, die man auch bei Peter Kürten wiederfindet. Er (Kürtens Vater) erklärte mir u. a., daß eine Kaffeeasse Schnaps ihm gar nichts anhaben könne. Er sei der Überzeugung, daß er seine Kinder auf diese Weise erzogen habe, besonders auch in religiöser Hinsicht.“

Verteidiger: „Wie erklären Sie sich die Widersprüche in den einzelnen Protokollen bei der Beschreibung der letzten Vorgänge, ich meine die sexuellen?“

Zeuge: „Vor den Urteilen hat Kürten völlig falsche Angaben gemacht. Aber in den monatelangen Vernehmungen ist er schließlich selbst auf den Gedanken gekommen, daß bei ihm etwas nicht stimmt. Sagte er doch zu mir einmal: Sie wissen gar nicht, wie die Unterredungen mit dem Psychiater mich anregten, über mich selbst nachzudenken.“

der Beamte gelangt. Kürten ist doch im Gefängnis, da kann er doch nicht an zwei Stellen gleichzeitig sein. Den Weg zum Vollzugspräsidium habe ich gelehrt.“

Der erste Sachverständige

Dann erkrankte als erster Sachverständiger der Tübingener Gerichtsartzt Professor Dr. Berg sein Gutachten: „Kürtens ist ein Mensch, dessen physische Grundlage auf keine erbliche Belastung zurückzuführen ist. Viele seiner Vorjahren zeigen eine geradezu erschreckende Häufung von Trunkfluß und Verbrechen. Die Grundlage seiner Handlungen jedoch ist kein Sadismus. Kürten hat ein außerordentlich gutes Gedächtnis. Trotzdem sind ihm in

zwei Fällen, nämlich im Fall Döringer und im Fall Bahmacker, zwei entscheidende Irrtümer über den eigentlichen Tatbestand unterlaufen, die sich auf die Ausführung des Mordes bezogen. Dieses Verhalten seines sonst immer hervorragenden Gedächtnisses kann nur so erklärt werden, daß im Augenblick des Orgas des Gedächtnis einen Augenblick ausgeht hat.“

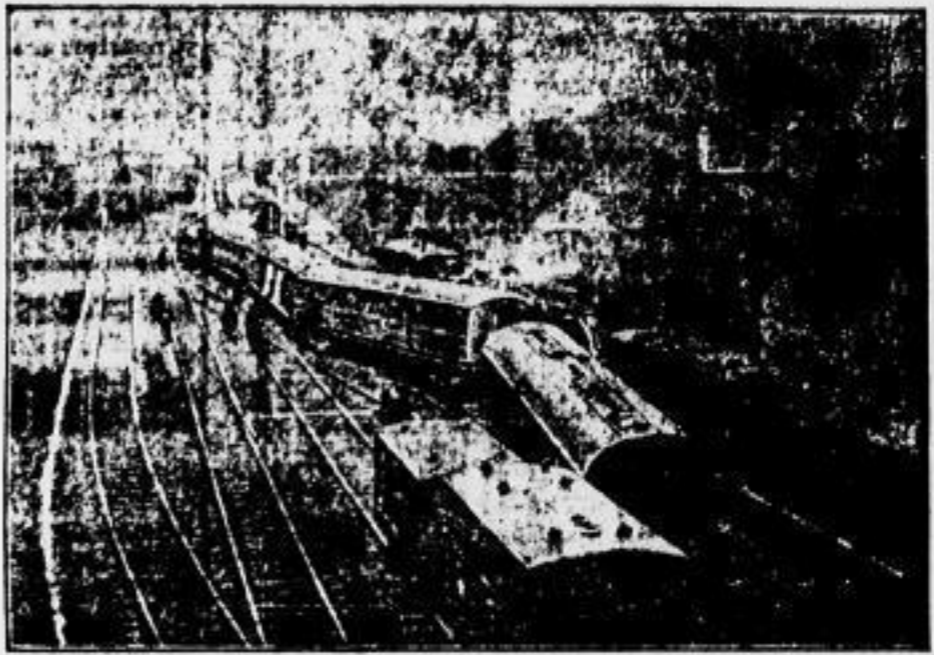
Auf verschiedene Fragen seitens der Verteidigung stellt Prof. Berg fest, daß seines Erachtens nach Kürten die Morde durchaus mit Ueberlegung begangen habe.

Darauf wird der 71jährige Vater Kürtens hereingeführt. Er ist gebrechlich und geht auf Krücken. Peter Kürten wird während dieser Vernehmung herausgeholt, um die Aussagen des Vaters nicht zu beeinträchtigen. Der Vater sagt sehr wenig Entscheidendes aus, so weiß er z. B. gar nichts über die Vererbung in seiner Familie. Er versucht auch, was sehr verständlich ist, abzuleugnen, daß er viel getrunken hat. Er ist Sanbtorner von Beruf. Auf Fragen des Vorwärtens gibt er an, daß er seinen Sohn öfter geprügelt habe.

Die Geschwister Peter Kürtens dagegen, die nach der Vernehmung des Vaters aufgerufen wurden, erzählten in der Hauptsache ihre Aussagen. Der Bruder Johann berichtet seinen Bruder, der inzwischen wieder auf der Anklagebank Platz genommen hat, überhaupt nicht, ebenso die Schwester, die sehr niedergedrückt aussieht sowie der älteste Bruder Andreas.

Eisenbahnunglück ohne Menschenverluste

Unter Bild zeigt den entgleisten London-Leeds-Express, der bei Turford aus den Schienen sprang und vollkommen durcheinander geworfen wurde. Glücklicherweise kam dabei niemand ernstlich zu Schaden.



Mörder als Hotlieferanten der bürgerlichen Presse

Der politische Schwindel der Brenzlaner Mörder

Pilgram und Batodi wieder eingekerkert

Ein Teil der bürgerlichen Presse benutzte den Mord der beiden kriminellen Gefangenen Pilgram und Batodi an dem Gefangenenträger Neubauer im Brenzlaner Gefängnis, zu einer ganz inhumanen niederträchtigen Hetze gegen die kommunistische Partei. Behauptete doch diese schändliche Pressekanäle, daß sie beiden Gefangenen Neubauer aus „politischen Gründen ermordet haben, um die proletarisch-politischen Gefangenen im Brenzlaner Gefängnis befreien zu können.“

Den frechen Schwindel Pilgrams, der bereits am Sonnabend wieder eingekerkert werden konnte, daß er kommunistischer Vertrauensmann sei, wurde in besonders großer Falschmachung selbst von dem letzten bürgerlichen Kälteblättern Hinterkommern verbreitet. „Als kommunistischer Vertrauensmann habe er zusammen mit seinem Freunde und Parteigenossen Batodi

den Mord begangen, um den politischen Gefangenen die Freiheit wiederzugeben.“

Doch kaum war der Schwindel ins Land gegangen, sahen sich einige Zeitungen genötigt, zu erklären,

„daß Pilgram das politische Motiv ausser Acht gelassen habe, um den Mord in ein anderes Licht zu stellen.“

Kein Wunder, daß diese heftige Hetze so kurzlebig war. Haben sich doch die beiden proletarischen politischen Gefangenen, die, wie auch wir bereits berichteten, von den beiden Kriminellen sojuzugel mit dem Revolver auf der Brust zur Flucht gezwungen wurden, vollkommen einwandfrei benommen. Wie erinnerlich, sind sie, sobald sie hörten, daß Pilgram und Batodi den Gefangenenträger ermordet hatten, sofort freiwillig in das Gefängnis zurückgekehrt. Selbstverständlich denkt jedoch die bürgerliche Pressekanäle nicht im entferntesten daran, die politischen Märchen der beiden Mörder zu berichtigen.

Blutiges Jenergefecht im Walde

Förster erschleicht zwei Wilderer

Stemnach, 20. April. In den Wäldern der Umgebung Stenmachers spielte sich am Sonnabend ein blutiges Jenergefecht ab, in dessen Verlauf ein Förster zwei Wilderer, die ihm angeblich wegen ihrer gestohlenen Wildschilde verdächtig vorgekommen waren, erschloß.

Nach der polizeilichen Meldung, die natürlich mit Rücksicht aufzunehmen ist, habe der Förster drei Wilderer geschloß, die seiner Aufforderung, die Wildschilde zu öffnen, nicht nachgekommen seien.

Deichbruch bei Paris

1500 Bewohner obdachlos geworden

Paris, 20. April. Am vergangenen Sonntag erlitten durch einen Deichbruch an der Seine in dem Quartier Sordani 1500 Bewohner eine Heberhochwasser, wodurch 1500 Personen obdachlos geworden sind.

Über 150 Häuser wurden sofort nach dem Deichbruch zerstört. Die Hauptstraße Sordani ist in einer Länge von 200 Metern vollkommen überflutet. Man berichtet, daß die geringen Wasserstände von Wassermotoren nicht handhaben und diese in den nächsten Stunden auch die stiefgelegenen Stadtteile überflutet werden.

Todesopfer eines Kinobrandes

Am Sonnabend brach in einem Kino in Gießen ein Feuer aus, das in kürzester Zeit den ganzen Kinosaal in Flammen setzte. Im Saal befanden sich etwa 100 Personen, wobei viele Personen im Gedränge verletzt wurden. Der Brand wurde durch die Feuerwehr gelöscht.

Sagt's weiter...!

In einer Antifaschisten-Kundgebung meldet sich ein junger, rutzgekleideter Versammlungsbesucher zum Wort. Er sei Student, bekannte er im Laufe seiner Diskussionsrede. Das, was er politisch zu sagen hatte, war ja noch recht unklar, doch als er erzählte, wie er mit der Kommunistischen Partei in Berührung gekommen war, wurde es interessant und äußerst lehrreich.

„Also“, bekannte der Student, „führ ich da eines Tages mit der Straßenbahn. Neben mir saß ein Arbeiter, der eine Zeitung las. Ich klebte und las die mich sehr interessierende Ueberschrift: „Der Streik als politische Waffe“. Da nahm ich mir ein Herz und fragte den Arbeiter, was das für eine Zeitung sei. „Ne kommunistische selbstverständlich“, antwortete er und gab mir, gleichzeitig wurde mir ein kleines Heft, Massenbroschüre nennt ihr wohl diese Dinger, zum Kauf angeboten. Und nach weiterem Hin und Her mußte ich dem Arbeiter meine Adresse geben. Von da an habe ich jedesmal eine Postkarte bekommen, wenn in der Stadt was von den Kommunisten organisiert war.“

Zurchbares Unwetter in Rheinheffen

Ein Mann durch Blüßschlag getötet — drei gelähmt

Kronstett am Rhein, 20. April. Das furchtbare Unwetter hat im rheinheffischen Gebiet schlimme Folgen gehabt. In der Gegend wurden riesige Stürme durch Regen und schweren Hagelschlag hellenweise fortgeschleppt. Durch einen Blitz wurden vier Arbeiter auf dem Felde so schwer verletzt, daß der eine verstarb und die drei anderen bis heute gelähmt sind.

Zwei Kinder in einen Brunnenschacht gestürzt

Rehete Kinder spielten in Metternich bei Koblenz auf dem Gelände einer Ziegelfabrik, als plötzlich der Boden nachgab und zwei Kinder im Alter von 8 und 13 Jahren in der Tiefe verschwand. An der Unglücksstelle bestand ein alter Brunnenschacht, dessen mangelhafter Deckel eingedrückt war. Die alarmierte Feuerwehr vermochte die Kinder nur nach als Zeichen zu bergen.

1. Mai
Sondernummer
der
Nr 17
24 Seiten, am 23. 4.

PROLETARISCHES FEUILLETON

Ein Flügelmann fehlt

Von Georg B. Bijet

Sieben Tage lang hatte Steiner über dem gleichen, biden Kontobuch geigen und seine Feder war darüber hinweggeraldelt. Zum Fenster herein drang das Getöse der Maschinen und der litzende Gesang der Transmitionen. Wagen polsterten über den Hof, Kisten und Kästen rollten. Und wenn er den Kopf aufhob, tanzten vor seinen Augen die Riemen der feingrauen Maschinen. Silberne bligten die Räder. Dort ein Gesicht, das sich darüberbeugte, dort ein Gesicht, das sich fortwandelte. Überall ein Gesicht. Es war immer das gleiche — wie die Riemen — wie die Maschinen gleich.

Der Anzeigler beugte sich wieder über sein Buch und schrieb weiter. Die blauen und roten Linien des Kontos begannen zu pittern und drehten sich rasend um die Köpfe der Zahlen. Verzerrt hatte der Anzeigler in den Raum. Im Büro war



es behaglich. Punkte hingen an den Wänden. Und den grünen Ampeln an der Decke entströmte Ruhe und Ordnung. Zwischen dem Bürogebäude und der Fabrik bestand sich der Hof und zwei paar Scheiben. Die zertrümmerten den Kontakt...

Im Fabrikgebäude war es eines Tages unruhig geworden. Die Arbeiter hinter den Scheiben starrten auf und ab. In der Mittagspause, als das Werk stand, wogten die braunen und grauen und dunklen, farblosen Cellulose auf dem Fabrikhofe durcheinander. Einer sprach. Man hörte genau seine Stimme, die gedämpft durch die Siebe der Scheiben tropfte. Dazwischen sprang dann ein heftiges Gemurmel in der Menge auf. Auf den Scheiben hinauf. Die Anzeigler richteten ihre Ohren hinaus. Der Schritt des Bürovorstehers schreite sie wieder auf ihr Kontobuch nieder. Sie schrieben und schrieben und schrieben...

Zwischen schlugen die Wellen der Empörung auf dem Fabrikhofe höher hinauf: Die Stimme des Redners war gepöhl und wurde von der Erregung der Menge getragen: „Streik! Streik!“ gefolgt von einem grollenden hintereinander im Fabrikhof.

Im Büro tildie die Uhr... gingen die Vorkehrer Schritte... trachten die Feder... Ruhe und Ordnung...

Drüben schlugen die Maschinen und die Transmitionen unterdrückt mit feinschwebendem Schrei ihren Gesang. Alle Gesichter waren verschwunden. Das Licht verflüchtete. Ein paar glimmende Lampen und ein weißer Kitzel, der an den Bankreihen vorbeipromenitierte, blieben zurück.

Vor dem Werk stand Volijel und Streikposten. Als die Anzeigler das Werk verließen, löste sich aus dem Anhauf der Streikenden, die den Torweg umstanden, eine helle Stimme: „Anzeigler, laßt euch nicht mißbrauchen! Kämpft mit uns!“

Die Volijellen verhielten den Sprecher. Ein Ueberfallkommando verströnte mit erhobenem Gummihüpfel die Anzeigler und nahm vor dem Fabrikhofe Stellung.

Die Anzeigler gingen und kamen und gingen und kamen — drei Tage lang, vier Tage lang... gingen an den Streikposten vorbei, die ihnen schief ins Gesicht bligten, an den Maschinenten vorbei, die wie lebende Augen auf die einstrahlten: Geht ihr noch immer hinein? — Steiner wich den Blicken der Volijellen und Platze aus. Jemandem verprügte er in sich ein unbehagliches Gefühl. Ist er ein Verbrecher? Er dachte, als es behaglich im Büro seine Füße von sich strecken durfte und auch die anderen Kollegen alle vollkommen ruhige Gesichter zeigten. Was er sich nur so aufregte. Das war doch ein Kampf der Arbeiter. Ging das etwa ihn etwas an? Sie schrieben... und schrieben... und schrieben...

„Sie müssen hinunter ins Lager! Einpaden helfen! Und dann sollen Sie eine letzte Maschine bedienen. Rinderleicht! Der Meister wird Sie anweisen!“

Der Bürovorsteher schlug Steiner auf die Hüfte. „Gehen Sie!“

Kr. 1932 verließ das Büro, überquerte den Hof und trat ins dunkle, leer Fabrikhaus. Schlapp hingen die Riemen auf den schwebenden Rädern. Die Geispracher sagten sie zur Decke auf,

wie gebudde, sprungbereite Kautliere kosteten die Maschinen und blinzelten den Fremdling an.

„Hallo, Mann! Kommen Sie schon!“

Steiner justete zusammen und blieb wie angewurzelt stehen. Auf ihn zu kam jetzt ein Weisfittel. „Sie sind zum Dienst im Lager bestimmt?“

Der Angestellte nickte und folgte dem Meister durch ein paar Räume und verlassene Säle hindurch ins Lager, wo schon eine Anzahl Angestellter in Demosärmeln über den Rücken läufig war. Schwelgend verriichten die Angestellten ihre Beschäftigung. Fertige Werkzeugteile wurden in Kisten verpackt und auf dem Hofe verladen. Gestern waren die letzten aufgestapelten Vorräte im Lager in den Wagen verladen. Schmunzelnd rief sich der Meister nach Feierabend seine Hände und grinsten jeden einzelnen der Angestellten an. „So, das wäre geschafft.“ Er winkte leicht mit dem Kopf. „Sie können gehen.“

Vor dem Betriebe war die Tätigkeit der Angestellten nicht unbemerkt geblieben. In Scharen sammelten sich die Streikenden. Die Streikleitung wurde in Kenntnis gesetzt. Sie berief sofort eine Sitzung ein, die eine halbe Stunde später zusammentrat und knappe zwanzig Minuten dauerte. Der Torweg war von den Streikenden besetzt. Sie kümmten den entgegenkommenden Angestellten entgegen. Häute, Stimmen erhoben sich: „Streikbrecher! — Ihr laßt uns in den Rücken!“

„Strahe freimachen!“ schrie der Offizier mit heruntergelassenem Sturmriemen vom Auto herab. Von zwei Seiten warfen sich die Volijellen auf die Menge.

„Streikbrecher!“

„Strahe frei!“ hallte es durcheinander. Die Angestellten wichen zurück und kauerten sich im Fabrikhofe. Steiner zitterte. Auch die anderen wogten sein Wort zu legen.

Die Knüppel der Volijellen trommelten auf die Köpfe der Streikenden nieder, die sich nur langsam und unter häßlichen Rufen bis in die Querkrahe abdrängen ließen.

„Streikbrecher!“ gestellte der Ruf, sprang auf und von Mund zu Mund.

Der Offizier trat forsch auf den Fabrikhof hinaus. „Wir sorgen für freien Abzug! Kommen Sie bitte!“ Jögern und langsam — dicht aneinandergesetzt wogten sich die Angestellten aus dem Tor, wo sie von neuem vom Ansturm der Menge empfangen wurden. „Streikbrecher!“ Der Ruf brach nicht ab. Er pflasterte ihren Weg, wurde in ihre Ohren hineingeflüchten, in ihre Köpfe eingedrungen. Streikbrecher! Klagen die Geigen in Steiners Lautsprecher — Klang und lönte es überall um ihn her.

Und nun ist heute! Heute!!

Heute morgen gingen sie wieder alle hinein. Keiner fehlte. Auch Steiner nicht. Bestommen passierten sie die dicke Postenkette, die jeden einzelnen musterte. „Streikbrecher!“ Steiner starrte erschrocken auf. Hatte sie ihn gerufen? Leblos lagen die Lippen aufeinander. Nein! Die Augen! Hatte ihre Augen gesehen? Er war vorbei. Sein Herz rollte die Treppe unten. Er war vorbei an ihnen. In Sicherheit!

Im Büro leuchteten die matten Birnen grün auf ihn herab. Er ließ sich in seinen Stuhl fallen und streich sich über das Gesicht. „Du, Steiner!“

Der Angestellte unterbrach ein Gähnen, das ihn gerade überfiel und blidte auf. Ein Blatt schob sich unter seine Nase. Die Hand, die es hielt, zitterte leicht. „Was!“ flüsterte eine Stimme. Steiner beugte sich über das Blatt und las. Es waren nur ein paar Zeilen. Elektrifiziert sprang er hoch. „Was hab wir dran...?“

In der Kampflinie der Streikenden fehlt ein Flügelmann! Kollege Steiner, Kr. 1932!

Ein kraftvolles, klassen- und siegesbewußtes Bilderheft.

Kampfmai gegen den Faschismus

Die Maizeitung der KPD.

Soeben ist ein mit Bildern reichlich versehenes Heft zum 1. Mai: „Kampfmai gegen den Faschismus“ herausgekommen. Im einleitenden Artikel des Genossen Thälmann lesen wir: „Mai 1931 — kaum je zuvor beging das Proletariat seinen Weltkampftag in einer solchen Situation der Ausprägung der Klassengegensätze, der Erschütterung der Grundfesten der kapitalistischen Welt und des Triumphes für die revolutionären Lehren des Marxismus“ und dieses kraftvolle, klassen- und siegesbewußte Heft bestätigt die Feststellungen des Genossen Thälmann: es ist mit ein Sieg der revolutionären Lehren des Marxismus.

Eine herrliche dokumentarische Publikation, die ausschließlich durch Fotos, also durch ein „nüchtern-sachliches“ Material wirkt. Aber dieses dokumentarische, dieses sachliche Material der revolutionären Wirklichkeit ist alles andere als „nüchtern“:

man betrachte etwa die Abbildung „Aufmarsch der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen Berlins am Weltkampftag gegen die Arbeitslosigkeit“ — was für eine Kraft, was für eine Entschlossenheit ist in diesem Aufmarsch des klassenbewußten Proletariats. Großartig das Titelblatt, großartig die Bilder der Streikenden, die Abbildungen unserer Jugend und unserer Frauen. Herrlich ein zweifelhafte Foto „Links den Kurs!“, herrlich das abschließende Bild „Wir Proleten“. Wunderbare Abbildungen aus der Sowjetunion ergänzen das Heft — eine Bildreportage die „Japanische Arbeiterinnen ziehen nach gewonnenem Streik feiernd in die Fabrik ein“ wird sicher für jede deutsche Arbeiterin eine Freude sein.

Dieses einzigartige Bilderheft, dessen Beschaffung kein deutscher Werktätiger unterlassen sollte, kostet nur 20 Pf.

Die Lügen des Paters Muckermann enthüllt

Ratten nagen Eingeweide

Wieder eine Genekstat der Gottlosen

„Des Nouvelles Litteraires“, eine Pariser Zeitung, veröffentlicht auch derjenigen der katholischen Kirche an Hand von Dokumenten lichte in ihrer Ausgabe vom 3. Januar 1931 eine Buchbesprechung, in der die Inquisitionsmethoden der ehemaligen Hugenotten und aus dem Jahre 1595 aufgeführt werden. Darin ist folgendes zu lesen:

„Menschen zu erwürgen, wie es gewöhnlich die Diebe machen, das ist ein Zug wohlfeiler Art für die Hugenotten. Man muß sie zuerst zerhacken wie einen Lederstrumpf, man muß ihnen die Junge bis unter den Hals zerhacken; man muß sie sechs Tage lang peitschen und die Knochen zerhacken, dann muß man sie mit Honig bestrichen und sie einem Hof, der eine unendlich raue Junge hat, zum Lecken überantworten, damit sie von neuem geschunden und die ersten Wunden wieder aufgerissen werden; man muß sie von Türmen hinabwerfen und sie unten mit Hellebarthen auffangen; man muß sie mit einem Kuch an einer Kellebarte aufhängen; man muß sie zu zweien zusammenfesseln und sie verhängern lassen, damit einer den andern auftritt; man muß ihnen den Bauch öffnen, hafer hineinschütten und die Pferde wie aus einem Trog daraus fressen lassen; man muß ihnen die Schamteile abhacken, diese auf dem Kopf tragen, sie ihnen zu essen geben und ihnen den Leib öffnen, um zu sehen, was die Natur aus solchen Bissen macht;

man muß sie auf einen Tisch legen, ihnen eine Schüssel auf den Bauch stellen und Ratten darauf setzen; dann muß man auf der Schüssel Feuer anzulegen, damit die Ratten, durch die Hitze gezwungen, ihnen die Eingeweide zerfressen.“

Nach der angezogenen Buchbesprechung wurden diese unmenschlichen Torturen sowohl von den Hugenotten als auch von den „barmherzigen Christen“ im gegenseitigen Kampfe angewandt.

Wir stellen fest: Die letzten Sätze der vorstehend wiedergegebenen jüdischen Häufung von Grausamkeiten stimmen Wort für Wort überein mit den Verleumdungen, die Pater Muckermann in seiner Rede in Münster gegen die russische Volkswirtschaft gebraucht hat.

Mit dieser Enthüllung haben wir die Genekstaten der Kulturfaschismus wieder vermehrt. Ja, wenn wir mit den Argumenten eines Haedel beweisen, daß kein Gott über existiert, wenn wir auf Grund objektiver Geschichtsforschung die wahre Natur der Kirche enthüllen, das sind Genekstaten der Gottlosen. Aber wenn ein Kurische mit solchen infamen Dingen gegen die Sowjetunion hetzt, das ist weltliche Kultur und christliche Liebe.

Unglaublich

Was ist Aufhebung gegen den bestehenden Staat?

Die Filmprüfstelle unter dem Vorbehalt des Reglements des Rates Dr. Klotz hat am 11. April einen Filmstreifen des Filmarsieks Weltfilm „Das zweite Welttreffen der Arbeiter- und Bauernjugend“ für jugendliche gänzlich verboten, für Erwachsene nur mit verschiedenen Auschnitten zugelassen. Unter den verbotenen Titeln befindet sich ein Titel mit folgendem Text: „Seid immer bereit zum Schug der Sowjetunion.“ In der Begründung dieses Verbotes heißt es wörtlich:

„Während der nach dem verbotenen Titel folgende Text: „Immer bereit unter der Fahne des Kommunismus zu kämpfen gemeinsam mit unseren Vätern und Brüdern“ — zugelassen werden ist, da

er allgemein eine parteiprogrammatische Parole zum Ausdruck bringt, hat die vorgezeichnete Parole „Immer bereit zum Schug der Sowjetunion“ verboten worden, da sie nach Meinung der Kammer eine direkte Aufhebung gegen den bestehenden Staat bedeutet.“

Dieser Urteil ist so lächerlich wie unglaublich. Würde in einem katholischen Film der Satz „Immer bereit zum Schug des Vatikan“ als Aufhebung gegen den bestehenden Staat verboten werden?

Die Weltfilm G. m. b. H. hat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt und es wird sich nun herausstellen, ob die Oberprüfstelle ebenfalls der Auffassung ist, daß der Schug der Sowjetunion vor einem Kriege Aufhebung gegen den bestehenden Staat bedeutet.

Brennend: Richard Baumk. Berlin.